Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1866

(14.5.1866) Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der 1. badischen Kammer am 14. Mai 1866

Visual Library

Stenographischer Bericht

über die

Verhandlungen der 1. badischen Kammer am 14. Mai 1866, die Haltung des Großherzogthums Baden in der gegenwärtigen politischen Lage von Deutschland betreffend.

Geh. Rath Dr. Bluntschli: Ich habe die Interpellation über die Haltung Badens in der großen deutschen Krisis in der doppelten Absicht unternommen, für's Erste, damit die hohe Kammer eine Gelegenheit erhalte, ihre Ansicht über die Frage zu äußern, welche alle Gemüther spannt und aufregt und Zweitens, damit auch der Staatsregierung eine Gelegenheit geboten werde, sich vor dem Lande über die politische Richtung auszusprechen, in welcher sie die Angelegenheiten des Landes zu führen gedenke. Der furchtbare Ernst der Lage und die großen Gefahren, welche von allen Seiten drohen, machen es nothwendig, daß die versammelten Kammern nicht mit geschlossenen Augen daran vorübergehen, sondern dieselben scharf in's Auge fassen. Es ist eine alte Erfahrung, daß Gefahren nicht größer werden, wenn man ihnen muthig in's Angesicht schaut, und nicht kleiner, wenn man sich vor ihnen verbirgt. Die Dinge sind schon so weit gekommen, daß die blose Furcht vor dem drohenden Kriege bereits alle Kreditverhältnisse erschüttert hat, ja daß man bereits zweifeln kann, ob nicht die Furcht vor dem Kriege ein größeres Uebel sey, als der Krieg selbst. Ueberdem herrscht in der öffentlichen Meinung des Landes eine unglaubliche Unklarheit u. Unsicherheit, die dringend einer Klärung bedarf. Jedermann fragt, wie denkt denn die großh. Regierung in dem schweren Konflikte sich zu verhalten? Was für eine Stellung nehmen wir dazu ein? Es ist das Naturell der Süddeutschen, daß sie leicht ihr Urtheil durch Sympathieen und Antipathieen bestimmen lassen und eher nach dem Drange ihres Herzens, als nach dem Gedanken des Kopfes Partei ergreifen. Dennoch ist in einer so gefahrvollen Zeit es voraus nöthig, daß der Kopf klar bleibe und die kalte, ruhige Erwägung aller Gründe die Richtung bezeichne, welche die Politik einzuschlagen habe. Dann mag auch die Leidenschaft des Herzens mitwirken, nun den Entschluß zu vollziehen.

Bekanntlich habe ich am 9. Dezbr. v. J. nach dem Rücktritt des Frhrn. v. Roggenbach aus dem Amt, an die großh. Staatsregierung die Anfrage gestellt, ob dieser Austritt nicht eine Aenderung in der Politik der Regierung bedeute oder zur Folge haben werde? Die damalige Antwort des Staatsministeriums war ein entschiedenes Nein. Seither hat meines Wissens auch das Staatsministerium keinen Schritt gethan, welcher mit der damaligen Zusage nicht in Uebereinstimmung wäre. So viel ich sehe, verfolgt das Staatsministerium heute noch im Allgemeinen die liberale und nationale Richtung, welche die Periode seit 1860 karakterisirt. In einer Beziehung nur, ist die öffentliche Meinung etwas unsicher geworden, und scheint es mir wünschenswerth daß das Ministerium sich ausspreche und die Zweifel beseitige. Ich bedauere, daß der Herr Minister des Auswärtigen nicht anwesend ist, um die Gerüchte widerlegen zu können, welche nun einmal über seine politische Neigung und Richtung umlaufen. Ich kann meine Augen vor der Thatsache nicht verschließen, daß seit längerer Zeit und fortwährend beharrlich die ganze deutsche Presse außer Baden, und sogar die von der Diplomatie inspirirte Presse behauptet, Herr v. Edelsheim befolge in der äußern Politik eine geradezu entgegengesetzte Richtung, als Herr v. Roggenbach. Insbesondere suche er beharrlich, so weit als möglich, sich in Verbindung mit den Mittelstaaten an die Politik Oesterreichs anzuschließen. Ich weiß nicht, ob diese Angaben der Presse begründet sind oder nicht. Ich durfte sie aber heute nicht verschweigen, trotzdem nicht, als es mir persönlich unangenehm ist, sie zur Sprache zu bringen, und konnte um so weniger darüber hinweggehen, als Herr v. Edelsheim doch später sich erklären kann. In welcher Lage sich gerade die politischen Freunde des Ministeriums zuweilen fühlten und wenn jene Behauptungen richtig sind, fühlen müssen, kann ich am besten in einem Bilde verdeutlichen: Ein europäischer Reisender hat ein Schiff bestiegen, welches nach New-York fuhr. Die Fahrt ging glücklich von Statten. Als man sich Amerika zu nähern glaubte, wurde plötzlich der Steuermann gewechselt. Der Reisende fragte den Schiffskapitän: Das wird doch nicht gar eine Aenderung des Reiseziels bedeuten? Gewiß nicht, antwortete dieser. Der Reisende ist ganz beruhigt. Aber als er eines schönen Morgens erwacht, sieht er den Golf von Meriko vor sich. Besorgt fragt er wieder: Wir werden doch nicht etwa in Vera-Cruz statt in New-York ausschiffen? Es hilft ihm nichts, wenn ihm nun gesagt wird: Der Himmel in Meriko ist schöner, die Sonne wärmer, die Natur fruchtbarer, die Blumenfülle prächtiger, als in dem rauhern Norden. Sein Reiseziel war doch nicht die schöne Natur Merikos, sondern der Verkehr mit den kalten und arbeitsamen Menschen von Nordamerika. So halte ich auch jetzt eine beruhigende Antwort über die Richtung und die Ziele der Politik unserer Staatsregierung für höchst wünschenswerth, sogar für nothwendig. Je größer und je gefährlicher die Krisis ist, um so bestimmter muß man wissen, was man will, und auch das Land muß wissen, in welcher Richtung es geführt wird.

In einem Punkte sind wohl bei uns so ziemlich alle Parteien einverstanden. Wir Alle wünschen Erhaltung des Friedens, wir Alle scheuen die furchtbaren Uebel des Kriegs. Aber schon darin weichen die Meinungen ab, wo denn die Ursache der Kriegsgefahr zu suchen, und mit welchen Mitteln dieselbe zu verhindern sey. In Süddeutschland ist die Meinung sehr verbreitet, daß die Ursache der Kriegsgefahr wesentlich in einem Manne zu suchen sey, der die Leitung der preußischen Staatsgewalt inne habe. Tausende meinen, wenn es gelänge, den Grafen Bismarck aus dem Amt zu entfernen, so wäre der Friede gesichert. Ich gebe zu, daß auf diese eine Person ein erheblicher Theil der schweren Verschuldung fällt, welche auch eine Ursache davon ist, daß der derzeitige Konflikt eine so kriegerische Gestalt angenommen hat. Aber ich bestreite es, daß dieses oder ein anderes Individuum die alleinige oder selbst die entscheidende Ursache der Kriegsgefahr sey. Auch die Verwickelung der schleswig-holsteinischen Frage halte ich nicht für die tiefste und mächtigste Ursache derselben. Nicht einzelne Personen, nicht einmal der Streit über die Herzogthümer vermögen eine so furchtbare Erscheinung zu erklären, wie dieser drohende Krieg zwischen Oesterreich und Preußen ist. Die Grundursache der Kriegsgefahr ist und bleibt die Unnatur der deutschen Zustände, welche absolut einer Umgestaltung bedürfen. Ein Blick auf die Landkarte, eine Ueberschau über die Geschichte des deutschen Bundes machen es sofort klar, daß die Grundfrage die ist, in welchem Verhältniß stehen Oesterreich und Preußen zu Deutschland? Wie sie jetzt sind, können die Dinge unmöglich bleiben. Der Widerstreit der beiden Mächte kann nur durch eine Neugestaltung von Deutschland ein Ende finden, sey es, daß dieselbe durch friedliche Unterhandlung erreicht werde, was unser aller Glück wäre, sey es, daß der Krieg darüber entscheide. So lange diese Neugestaltung nicht vollzogen ist, so lange dauert die Kriegsgefahr fort, gleichviel ob sie heute vertagt werde oder nicht.

Wenn aber der Krieg zwischen den beiden deutschen Mächten wirklich ausbrechen sollte, trotz unserer Friedensliebe, und obwohl wir für den Frieden gearbeitet haben, dann entsteht für uns die Frage: Sollen wir für eine der beiden Mächte Partei ergreifen, sey es für Oesterreich oder für Preußen? Nach meiner Meinung dürfen wir uns keiner von beiden anschließen.

Wir können und dürfen, wie die Dinge zur Zeit stehen, nicht für Preußen Partei ergreifen. Wir sind weder einverstanden mit den Wegen und Mitteln der preußischen Politik, welche zu dem gegenwärtigen Konflikt geführt haben, noch sind uns die Ziele der preußischen Politik so klar, daß wir uns dafür begeistern könnten. Unsere Lage im Südwesten von Deutschland, welche diesmal freilich glücklicher ist, als die der meisten andern deutschen Staaten, nöthigt uns überdem, auf die süddeutsche Stimmung Rücksicht zu nehmen. Der Graf Bismarck aber steht seit Jahren mit der öffentlichen Meinung auf einem sehr gespannten Fuße. Er hatte derselben vor Jahren seine Verachtung allzu scharf und höhnisch gezeigt, als daß sie das so leicht hätte vergessen können. Dafür hat ihm die öffentliche Meinung mit dem reizbarsten Mißtrauen und dem leidenschaftlichsten Hasse reichlich vergolten. Diese Nichtachtung der öffentlichen Meinung ist in Deutschland noch gefährlicher, als anderwärts, weil die Deutschen mit Vorliebe und Eifer moralische Kritik üben und noch sehr wenig gewöhnt sind, politisch zu denken. Daher ist denn die Leidenschaft jenes Hasses so groß, daß ganz verständige Männer plötzlich alle Besinnung verlieren, wenn sie nur an den Namen Bismarck erinnert werden, und die Dinge nicht mehr sehen, wie sie sind. Dann kommt es ihnen vor, als stehe ein Ungeheuer vor ihnen mit einem weit geöffneten Rachen, gierig, sie sämmtlich zu verschlingen. Aus lauter Furcht vor Bismarck stürzen sie dann blindlings mitten in die Gefahren hinein, vor denen sie sich fürchten. Wenn wirklich es der Wahlspruch des Geschlechtes Bismarck und dieser Wahlspruch auch wahr ist: „Viel Feind, viel Ehr", so darf man keck behaupten, es gibt keinen Mann in Deutschland, auf dessen Haupt sich mehr Ehren häuften, als den Grafen Bismarck, denn keiner hat mehr Feinde. Die öffentliche Meinung urtheilt ganz besonders rasch und keck ab über ungewöhnliche Menschen, und doch ist nichts schwerer, als in der Seele ungewöhnlicher Menschen richtig zu lesen. So ganz unmöglich ist es doch nicht, daß sich die öffentliche Meinung auch über den Grafen Bismarck täuscht, wie sie schon oft sich getäuscht hat. In einem Punkte wenigstens hat sie sich sicher getäuscht. Sie hat den Grafen Bismarck für den Typus gehalten aller Reaktion, für den ausgesprochensten Vertreter der feudalen Partei und des preußischen Junkerthums. Die Kreuzzeitung dürfte doch diese Vorstellung berichtigen. Nichts ist gewisser, und Jeder kann sich in der Kreuzzeitung davon überzeugen, die ächten Reaktionäre, Feudalen und Junker haben gegen den Grafen Bismarck ein fast eben so großes Mißtrauen, als die liberale Partei, und vielleicht keinen geringeren Haß. Sie sehen in ihm den Zerstörer des Feudalismus und der Legitimität und den Bahnbrecher der Revolution.

Möglich wäre es freilich, daß für jetzt die Entfernung des Grafen Bismarck aus dem Amte eine Verständigung mit Oesterreich zu Wege brächte. Schon hat Herr von Gerlach die Weisheit des ersten Olmütz gepriesen. Käme die Junkerpartei, welche hinter Bismarck auf seinen Fall lauert, an's Ruder und sie hätte die größten Chancen, dann käme auch ein zweites, härteres Olmütz und aus diesem faulen Frieden würde eine weit ärgere und gewaltthätigere Reaktion hervorgehen, als nach dem ersten Olmütz, eine Reaktion, der auch wir in Baden uns nicht zu erwehren vermöchten.

Aber es handelt sich schon lange nicht mehr um den Grafen Bismarck, sondern um den preußischen Staat, der den Grafen Bismarck überleben wird. Es ist nun einmal unbestreitbar, daß die Neugestaltung von Deutschland nur mit Preußen möglich ist, ohne Preußen niemals. Die Mission des preußischen Staates für Deutschland bleibt, wenn auch die Ministerien in Preußen wechseln. Die Pflichten, welche auf dem preußischen Volke liegen, und die schweren Lasten, die es zu tragen hat, sind in unläugbarem Zusammenhang mit den Aufgaben für Deutschland, welche Preußen zu vollziehen hat. Preußen und Deutschland stehen und fallen zusammen, sie lassen sich niemals trennen. Preußen ist ein moderner Staat, dessen Größe ohne Deutschlands Größe nicht zu denken ist. Diese Nothwendigkeit der Verhältnisse wird immer entschiedener hervortreten und zuletzt durchdringen. Diese Nothwendigkeit wird auch einen Umschwung in der preußischen Politik erzwingen. So energisch und thatkräftig der Graf Bismarck seyn mag, ohne Frieden mit dem preußischen Volk und ohne Verständigung mit der deutschen Nation ist die Mission Peußens nicht durchzuführen. Weder die Gewalt allein, im Widerspruch mit dem Volkswillen, noch der Volkswille ohne die Staatsgewalt vermögen es. Erst von dem Augenblick an, wo beide zusammengehen, ist die Erreichung des Zieles möglich. Das ist der innerste Kern der Frage.

Vorerst hält Preußen, dessen gespaltener Leib unnatürlich durch Norddeutschland hingestreckt ist, das ganze in sich zerklüftete Norddeutschland zusammen. Beide sind in einander verschlungen, und zunächst auf einander angewiesen. Und es ist wahrhaftig billig, daß Preußen nicht allein alle Lasten dieses Zusammenhaltes trage und dafür noch bei jedem Schritte auf Schwierigkeiten in seiner Bewegung stoße. Aber auch wir sind und nicht blos durch den Zollverein und unsere wirthschaftlichen Interessen, sondern ebenso durch unsere Kultur und unsere politischen Interessen mit Preußen dauernd verbunden. Auf dem Staate Preußen ruht die Hoffnung, ruht die Zukunft von Deutschland. Wir im Süden von Deutschland können einstweilen bei der Unklarheit der Situation und der Ziele uns zurückhalten von einer Parteinahme für Preußen, aber niemals dürfen wir mitwirken, daß Preußen erniedrigt oder gar, wie es bereits laut gefordert wird, Preußen vernichtet werde, und mit Preußen die Zukunft von Deutschland.

Wir können daher unmöglich mit Oesterreich zu Felde ziehen wider Preußen. Mit Oesterreich gehen, das heißt im jetzigen Augenblick gegen Preußen marschiren. Auch Oesterreich hat eine Aufgabe vom Schicksal empfangen, aber von ganz anderer Art. Wie Preußen ein moderner Einheitsstaat, so ist Oesterreich ein mittelalterlicher, aus den verschiedensten Nationalitäten und Fürstenthümern zusammengefügter Staat. Die Größe Oesterreichs gehört noch dem Mittelalter an. Seine Ideen sind die der vergangenen Zeiten. Für Oesterreich wider Preußen in's Feld ziehen, das heißt wider die Strömung der Weltgeschichte gehen, das heißt für die Vergangenheit wider die Zukunft kämpfen. Preußens Mission ist nothwendig die liberale, Oesterreichs Aufgabe nothwendig die konservative. Aber Manches, was früher zu konserviren ein Interesse hatte, ist bereits abgestorben, und in der Auflösung, der Verwesung verfallen. Sollen wir auch dafür uns bewaffnen?

Der leidenschaftliche Preußenhaß, der nicht ohne schwere Schuld der gegenwärtigen preußischen Regierung wieder in vielen Süddeutschen entzündet worden ist, hat bereits wunderliche Ausgeburten der Tollheit veranlaßt. In dem württembergischen Staatsanzeiger ist nämlich der deutsche Staat Preußen als ein großer Slavenstaat bezeichnet und der Schwerpunkt von Deutschland nach dem Süden verlegt worden. Ich verwundere mich nicht mehr, wenn dem Slavenstaat Preußen der rein-deutsche Staat Oesterreich entgegengesetzt wird. Inzwischen haben aber die Thatsachen doch auch noch ihr Gewicht. Von den 19¼ Mill. Preußen sind nur 2½ Millionen Slaven, und fast 17 Millionen Deutsche. In Oesterreich sind nicht völlig 8 Millionen Deutsche mit 15 Millionen Slaven, 5 Millionen Magyaren, 5½ Millionen Romanen und 1 Million Juden verbunden. Diese Thatsache ist durch keine Parteiverblendung zu beseitigen. Aus ihr folgt mit Nothwendigkeit, daß die Aufgabe der österreichischen Regierung nicht die deutsche seyn kann, sondern die, für die Völker des Ostens zu sorgen seyn muß. Erhaltung dieses Völkerkonglomerats ist die erste Aufgabe Oesterreichs. Entwickelung des modernen Lebens die Mission Preußens. In Berlin haben sie zuweilen ganz verschrobene Theorieen erdacht. Wenn man die Terminologie Stahl's anwendet, so bedeutet Preußen die Revolution und Oesterreich die Legitimität; denn Stahl heißt alle Entwickelung, allen Fortschritt, alle liberalen Ideen und Bestrebungen, die ganze Atmosphäre, in der allein der preußische Staat leben kann, Revolution und alle alten kirchlichen und dynastischen Ueberlieferungen, Legitimität. Preußen bedeutet Neugestaltung von Deutschland, Oesterreich bedeutet künstliche Erhaltung der gegenwärtigen Bundeszustände.

Wenn wir also nicht mit Preußen und noch weniger mit Oesterreich an dem Kriege Theil nehmen können, was bleibt uns dann Anderes übrig, als die Neutralität in dem Kampfe der beiden Großstaaten? Ich habe mich gefreut, wahrzunehmen, daß Bayern eine besonnenere Haltung in der letzten Zeit eingenommen hat. Bayern ist, wie der ganze Süden, in der glücklichen Lage, sich zunächst jeder Theilnahme am Kriege enthalten zu können. Die Neutralität ist Bayerns, wie des ganzen Südens natürliche und daher richtige Politik. Die norddeutschen Staaten sind nicht so glücklich gelegen. Wir können das nicht ändern und dürfen nicht unsere vortheilhafte Lage verderben lassen. Wenn Bayern diesmal die Zeit und deren Gunst versteht, wenn Bayern die Neutralität des Südens wahrt, unterstützt von den übrigen süddeutschen Staaten, seinen freien Bundesgenossen, dann bleibt unser Wohlstand geschützt, werden unsere Kräfte geschont und wir bewahren uns eine bedeutsame Stimme für die endliche Neugestaltung von Deutschland. Die Neutralität der Südstaaten ist ebenso das Interesse dieser, wie das Interesse von Deutschland. Sie ist auch die einzig vernünftige und zweckmäßige Politik im Verhältniß zum Ausland. Das sollte doch jedem politischen Kopfe sofort klar seyn. Alle Gefahren, welche uns vielleicht vom Westen her drohen, vermindern sich, wenn der Süden von Deutschland neutral und in Folge dessen der Westen von Deutschland von dem Kriege wesentlich verschont bleibt, wenn der Krieg im Osten lokalisirt wird. Alle diese Gefahren wachsen ungeheuer, wenn der Süden nachgeschleppt wird in den Krieg mit Preußen.

Auch für die Neutralität muß man gerüstet seyn. Aber diese Rüstungen können mäßig und sie dürfen nicht offensiv seyn. Wir dürfen uns nicht hinreißen lassen, den Krieg zu schüren. Auch unter uns gibt es hitzigere Elemente, und es scheint, die württembergische Regierung drängt zum Vorgehen. Schon seit Langem wird mit allen Mitteln der Diplomatie und der Intrigue an einer Koalition gearbeitet der Mittelstaaten zum Anschluß an Oesterreich gegen Preußen. Es ist schon so weit gekommen, daß das 8. Armeekorps zusammengezogen und einem österreichischen General zur Verfügung gestellt werden soll. Dann ist unser Land in der Gewalt der österreichischen Politik und was das heute bedeutet, das sollte wenigstens der liberalen Partei nicht mehr zweifelhaft seyn. Vor so nahen und so dringenden Gefahren für unser Land muß man die Augen offen halten.

Defensivrüstungen dagegen scheinen mir angezeigt; und da würde ich weiter gehen, als Viele. Im Interesse der Landesvertheidigung und um zu verhindern, daß nicht willkürlich über das Großherzogthum Baden disponirt werde, wie über ein herrenloses Gebiet, das bequem als Entschädigungsmaterial verwerthet werde, sollte die Wehrkraft des Volkes ausgebildet und erhöht werden. Es würde gar nicht schaden und wenig kosten, wenn einstweilen die jungen Männer, ohne ihrem Beruf entfremdet zu werden, dennoch in allen Bezirken täglich ein Paar Stunden und an Sonntagen mehr eingeübt würden. Es wäre so schwer nicht, um den Kern unseres Heeres her eine Volks- und Landwehr anzureihen und die bewaffnete Vertheidigungskraft des Landes auf

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

40,000 bis 50,000 Mann zu steigern. Das kann in Verbindung mit unserer günstigen Lage unter Umständen völlig ausreichen, um das Land vor einer fremden Besitznahme zu retten.

Wird aber die Neutralität als die richtige Politik erkannt, so muß man auch am Bundestage dieselbe sorgfältig beachten. In dieser Hinsicht bedauere ich, daß bei der letzten Abstimmung Baden geholfen hat, eine Mehrheit zu bilden. Der Bundesbeschluß klingt zwar sehr unverfänglich und hat eigentlich, besonders nach der Erklärung Bayerns, wenig auf sich. Aber die Spitze desselben war doch gegen Preußen gerichtet, und das ist in einem kritischen Augenblicke gefährlich. Wollte man ernstlich neutral seyn, so war es nicht schwer, an die beiden Parteien dieselbe Anfrage zu richten, und sowohl Preußen als Oesterreich und Sachsen zum Frieden zu mahnen. Das scheint mir überhaupt eine sehr große Gefahr, daß allmählig durch scheinbar unschuldige und unvorgreifliche Bundesbeschlüsse eine wirkliche Feindseligkeit eingeleitet und der beabsichtigten Koalition, die zum Kriege reift, Vorschub geleistet werde. Man kann so unvermerkt in den Krieg hineingleiten, während man die Absicht hat, den Krieg zu verhindern und zu vermeiden.

Es ist überhaupt eine wunderliche Sache um die Formen des Bundestags und des Bundesrechts. Im normalen Zustande freilich und bis eine neue Verfassung erreicht ist, wird man sich sorgfältig dem bestehenden Bundesrechte unterordnen müssen. Aber dasselbe ist doch so beschaffen, daß eine absolute Geltung desselben von Niemanden behauptet wird, der noch gesunde Sinne hat. Erlauben Sie mir, da auch in dieser Hinsicht oft seltsame Meinungen gehört werden, wenigstens zwei Beispiele zu erwähnen, an denen sich der Werth des formellen Bundesrechts bei anormalem Gebrauch ermessen läßt. Die Einrichtung der beiden Versammlungen im Plenum und im engern Rath ist so beschaffen, daß möglicher Weise im Plenum Oesterreich, Preußen, Bayern, Sachsen und Hannover zusammen mit 20 Stimmen gegenüber einer Zweidrittelsmehrheit von 48 Stimmen der übrigen deutschen Staaten in der Minderheit bleiben können, und daß im engern Rath eine Mehrheit von 9 Stimmen, aus lauter Kleinstaaten mit zusammen nicht einmal 5 Millionen Bevölkerung, einer Minderheit befehlen kann, in welcher sich Oesterreich, Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Hannover, Baden und die beiden Hessen mit 8 Stimmen, aber einer deutschen Bundesbevölkerung von über 40 Millionen und einer Gesammtbevölkerung von 70 Millionen zusammen finden. Ich denke, es ist doch Jedermann klar, auch wenn er noch so juristisch korrekt denkt und noch so sehr die Rechtsform verehrt, daß eine solche Mehrheit einfach ausgelacht würde, wenn sie Ernst machen wollte. Das formelle Bundesrecht existirt aber nur unter der stillschweigenden Voraussetzung, daß man es nicht wider den Willen der Großmächte im Bunde zur Anwendung bringe. Kein Bundesbeschluß ist ausführbar, wenn eine der Großmächte in der Minderheit und ernstlich entschlossen ist, sich nicht zu fügen. Es ist die natürliche Schranke alles öffentlichen Rechts, daß es nur so lange und nur so weit gilt, als es ausführbar ist.

Das andere Beispiel ist das: Alle Welt ist einig, sämmtliche Regierungen der deutschen Staaten haben es erklärt, daß die gegenwärtige Bundesverfassung unhaltbar geworden sey und dringend einer Reform bedürfe. Diese Bundesreform aber ist, wenn das formelle Bundesrecht absolut gelten sollte, eine Unmöglichkeit; die deutsche Nation muß in dem alten Bundesrecht verharren und darin zu Grunde gehen; denn das Bundesrecht fordert Einstimmigkeit für alle Bundesreformen und diese ist niemals zu erzielen.

Es kann also, wenn wir im Frieden leben wollen, das Bundesrecht nicht maßgebend seyn in den anormalen Fällen, wo es zwischen den deutschen Großmächten zum offenen Bruche kommt, oder wo die Bundesverfassung selbst umgebildet werden muß. Also Neutralität während des Krieges der beiden Großmächte, so lange als möglich, aber nicht mehr Neutralität, wenn es zur Neugestaltung des Bundes kommt, d. h. wenn das Ziel vor Augen steht, nach dem alle patriotischen Gedanken hinstreben und alle Gemüther sehnsüchtig verlangen. Dann aber wird nicht blos die innere Schwierigkeit, es wird auch die äußere zu beachten und zu überwinden seyn. Sie wissen, der vormalige Minister und jetzige Abgeordnete Thiers hat das im gesetzgebenden Körper zu Paris zur Sprache gebracht in einer von Vielen bewunderten und lebhaft beklatschten Rede. Die Rede ist glänzend in der Form, und sie ist zugleich der Ausdruck der Meinungen, wie sie in den politisirenden Bürgerkreisen von Paris im Umlauf sind. Aber wenn man auf den Kern der Rede sieht, so ist sie klein, niedrig, sogar verächtlich. Indem Herr Thiers die Eroberung der Elbherzogthümer kritisirte, hat er manches Wahre gesagt. Indessen wir Deutsche lassen uns alle die zum Theil gerechten Einwände, welche gegen die Legitimität der Rechtstitel und den Weg zu der Besitznahme erhoben werden können, nicht zu sehr anfechten. Wir halten uns an das große Recht einer Nation, ihre unterdrückten Brüder zu befreien. Wir freuen uns darüber, daß zum ersten Mal seit Jahrhunderten endlich wieder Deutschland eine aktive Politik selbstständig getrieben hat und mit Erfolg betrieben hat. Das ist aber nicht der eigentliche Kern der Rede von Thiers. Der Grundgedanke derselben ist: Frankreich ist ein großer und mächtiger Staat, Frankreich hat Einheit des Willens und Freiheit der Aktion. Aber damit Frankreich ein mächtiger Staat bleibe, müssen seine Nachbarn, Italien und Deutschland, ohnmächtig, zerrissen, gebunden bleiben. Herr Thiers schämte sich nicht, heute noch diese Plattheit als politische Weisheit zu verkünden, und ein großer Theil der Versammlung schämte sich nicht, dieser Erbärmlichkeit ihren Beifall zu spenden. Was würde man von einem Menschen sagen, der sich seiner gesunden Glieder, seines hellen Kopfes und seiner kräftigen Arme rühmt, aber hinzufügt: Selbstverständlich kann ich diese Eigenschaften nur behalten, wenn ich neben einem Bucklichen, einem Lahmen und einem Blödsinnigen stehe! Wenn der Kaiser Napoleon diese Rede für eine Schmach ansah, so hatte er dazu volles Recht. So niedrig denkt Napoleon nicht, weder von Frankreich, noch von den andern Völkern. Er versteht es besser, das Verlangen anderer Nationen zu würdigen, das beweisen sein Verhalten gegen Italien und seine ganze Handelspolitik. Ein rechter Staat erschrickt nicht, wenn neben ihm auch rechte Staaten bestehen. Die Völker sind nicht berufen, einander in der Entwickelung zu hemmen, sondern in edelm Wetteifer mit einander zu arbeiten an den großen Aufgaben der Zivilisation und der Humanität. Jene Politik des kleinlichen Neides und eines erbärmlichen Hasses ist eine veraltete, unwürdige Politik. Es ist die Politik, welche Herr Thiers repräsentirt, und wir haben Ursache, nicht unzufrieden zu seyn, daß die Leitung von Frankreich nicht mehr in den Händen des Herrn Thiers, sondern eines Staatsmannes ist, der größer denkt und weiß, daß der Frieden und die Wohlfahrt der Völker nicht möglich ist, wenn nicht ihre gerechten Verlangen zeitgemäß erfüllt werden.

Aber mögen die Franzosen denken, wie sie wollen. Davon machen wir unsere Politik doch nicht abhängig. Wir haben unser eigenes nationales Bewußtseyn und werden uns nur von diesem bestimmen lassen. Wir sind auch kräftig genug, uns selber zu helfen. Die deutsche Nation ist noch in einem starken körperlichen und geistigen Wachsthum begriffen. Wir geben jährlich über hunderttausend Menschen an andere Welttheile ab, und trotzdem nimmt unsere Bevölkerung fortwährend weit erheblicher zu, als die französische, welche fast gar nicht auswandert. Ich fürchte also auch jene französischen Gelüste nach dem deutschen Rheine, welche Herr Thiers auch vor einem Vierteljahrhundert aufreizte, nicht so sehr. Auch die Franzosen und Paris haben ein Interesse an dem Frieden, nicht blos wir; auch sie müssen die Kriege mit uns fürchten. Wir wären sogar im Stande, wieder zu holen, was wir in einem unglücklichen Augenblick vielleicht verlieren müßten.

Wer immer uns an unserer nothwendigen Entwickelung verhindern will, mit dem haben wir es zu thun, und wer er sey, wir fürchten ihn nicht. Das ist die ächte liberale Aufgabe der Zeit. In der Rede des Herrn Thiers sehe ich nichts Liberales. Wenn jene erbärmliche Politik liberale Politik wäre, dann würde ich den Namen eines Liberalen mit Verachtung von mir werfen.

Also lassen wir uns nicht beirren. Arbeiten wir rüstig vorwärts an der Neugestaltung des Bundes. Dafür brauchen wir das Parlament. Preußen hat es angeboten, greifen wir zu und lassen wir uns nicht zurückschrecken durch die Angst vor dem gefährlichen Manne, der uns das Angebot übermittelt hat. Vertrauen wir auch etwas den eigenen Kräften. Es wäre ja das kläglichste testimonium paupertatis, wenn die Liberalen aus lauter Furcht vor Bismarck sich nicht getrauten, mit dem Lenker der preußischen Staatsgewalt über die Bundesreform zu verhandeln. Die deutsche Reform ist größer als irgend einer, der sie einleitet oder an ihr mithilft. Für dieses große Ziel setzen wir alle unsere Kräfte ein. Das ist das Werk, das wir nie aus den Augen verlieren dürfen.

Ich erlaube mir daher, folgenden Antrag zu stellen:

Die 1. Kammer wolle sich über die politische Haltung Badens im Zerwürfnisse zwischen den beiden deutschen Großmächten dahin aussprechen:

1) Unsere erste Pflicht ist, auf Erhaltung des Friedens hinzuarbeiten. Kommt es dennoch zum Kriege zwischen den beiden Mächten, so ist es unser dringendes Interesse und zugleich ein günstiges Moment für die spätere Herstellung des Friedens, daß wir keiner der beiden Mächte in den Krieg folgen, sondern uns möglichst lange neutral verhalten und versuchen, uns für diese Neutralität mit den übrigen süddeutschen Staaten zu verständigen.

2) Diese Haltung darf nicht durch Kriegsrüstungen von offensivem Karakter verdorben und es dürfen nicht unsere Volkskräfte ohne Noth und voreilig aufgezehrt werden. Wohl aber ist die Wehrkraft des badischen Volkes zum Zwecke der Vertheidigung des Landes inzwischen auszubilden und zu erhöhen.

3) Ebenso wenig darf diese Haltung durch Abstimmungen am Bundestage, welche in ihren Folgen zum Kriege führen, gefährdet werden. Wenn auch Baden seine Bundespflichten jederzeit treu erfüllt hat und ferner erfüllen wird, so kann es doch unmöglich das formelle Bundesrecht in dem Momente noch als oberstes Gesetz betrachten, in welchem die ganze Existenz der gegenwärtigen — allseitig als unhaltbar erkannten — Bundesverfassung selbst in Frage steht und ein Bruch zwischen den beiden deutschen Großmächten die Grundbedingungen zerstört, auf welchen das derzeitige deutsche Bundesrecht ruht. Vielmehr wird sich für diesen Fall Baden seine freien Entschließungen als selbstständiger Staat vorbehalten müssen.

4) Deutschland weiß, daß der Großherzog von Baden und sein treues Volk jederzeit bereit sind, zu einer Umgestaltung des deutschen Bundes mitzuwirken, welche dem deutschen Volke eine einheitliche politische Aktion und zugleich die Freiheit der nationalen Entwickelung sichert. Zu diesem Behuf ist der Vorschlag Preußens auf Berufung eines deutschen Parlaments nachdrücklich zu unterstützen.

Herr Staatsminister Dr. Stabel: Durchl. hochgeehrteste Herren! Es dürfte Ihnen bereits bekannt seyn, daß im gegenwärtigen Augenblick eine Ministerkonferenz von Seiten der Mittelstaaten, insbesondere von Seiten der süddeutschen Staaten in Bamberg versammelt ist, um über eine gemeinschaftliche und solidarische Haltung dem drohenden Konflikte gegenüber sich zu verständigen. Auch unser Staatsminister der auswärtigen Angelegenheiten ist dahin abgereist und deßhalb außer Stande, in der heutigen Sitzung zu erscheinen. Wäre dieser aber auch anwesend, so vermöchte er in dem gegenwärtigen Augenblick sich ebenso wenig, als wir uns in eine genaue Erörterung der angeregten Frage einzulassen und seine Ansicht darüber auszusprechen.

Wir sind zwar vollkommen im Klaren, wir haben und mußten unsere Ansicht fassen, ohne Sympathie oder Antipathie gegen irgend einen Staat in Deutschland, wie nach unserer Anschauung die Haltung der süddeutschen Staaten allen Eventualitäten gegenüber beschaffen seyn soll und unser Minister wird bemüht sey, unsern Anschauungen in der Ministerkonferenz Geltung zu verschaffen. Wie weit dies nun gelingen wird, das muß man abwarten.

Wenn es sich aber darum handelt, heute diese unsere Ansichten auszusprechen, so wird es wohl Jedermann begreifen, daß uns sowohl die Natur der Sache, als der diplomatische Gebrauch, der in allen Ländern besteht, verbietet, in einem solchen Momente unsere Anschauungen der Oeffentlichkeit preiszugeben. Es ist dies um so weniger möglich, als wir eigentlich über die Situation noch gar nicht vollständig im Klaren sind; jeder Tag kann ganz neue und unerwartete Ereignisse bringen und wenn wir auch über das Ziel, das hier in's Auge zu fassen ist, vollkommen im Reinen sind, so kann doch die unerwartete Wendung der Dinge ganz andere Mittel und Wege einzuschlagen rathen, als im jetzigen Momente vorzuschlagen sind. Es ist deßhalb im Augenblicke nicht möglich, ganz feste und unabänderliche Beschlüsse zu fassen. Es ist aber doch selbstverständlich, daß die großh. Regierung auf das Eifrigste bemüht seyn wird, auf Erhaltung und Herstellung des Friedens hinzuwirken und zwar auf allen Wegen, die uns zu Gebote stehen. Wird als ein Ziel, das dahin führen könnte, die Bundesreform geltend gemacht, so wird sie mit beiden Händen jede Gelegenheit ergreifen, um diese herbeiführen zu helfen. Sie wird dies um so mehr thun, als sie gerade in dieser Reform ein Hauptmittel findet, den Frieden zu erhalten und zugleich die Macht und die Größe des Vaterlandes, wie sie schon seit Jahren im Volksgeiste leben, herbeizuführen.

Wenn aber auch die großh. Regierung aus dem angegebenen Grunde sich jetzt nicht näher aussprechen kann, so ist es ihr doch von hohem Interesse, die Ansichten der Kammern über diese hochwichtige Frage kennen zu lernen und es kann ihr nur sehr angenehm seyn, wenn sich die Mitglieder der Ständeversammlung darüber aussprechen.

Herr Graf v. Berlichingen: Durchl. hochgeehrteste Herren! Ich habe bereits in der letzten Sitzung vorausgesagt, daß ich heute wahrscheinlich entgegengesetzter Meinung mit Herrn Geh. Rath Bluntschli seyn werde und es ist dies auch ganz richtig eingetroffen.

Ich will nun auf die lange Rede desselben mich kurz fassen und vor Allem erklären, daß die Erklärung der großh. Regierung mich außerordentlich befriedigt hat, daß man im Augenblicke seine Meinung nicht öffentlich preisgeben kann, denn es ist dies ein diplomatischer Gebrauch, der in allen Ländern eingehalten wird. Ich habe aber auch das Vertrauen zu der großh. Regierung, daß sie die Interessen des engeren Vaterlandes in dieser hochwichtigen Frage zu wahren wissen werde.

Eines hat mich überrascht von dem Geh. Rath Bluntschli; ich dachte immer, er sey der Mann der That und er würde es jetzt für den richtigen Augenblick halten, wo er das Programm durchführen könnte, das er sich schon seit langer Zeit vorstellte und daß er mit frischem Muth einem solchen Akte sein beredtes Wort leihen würde.

Ich habe mich aber getäuscht; ich finde, daß er einen Weg einschlägt, der nichts weniger gleicht, als einer That, nämlich die vollständige Neutralität.

Was die Stimmung im Lande selbst betrifft, so muß ich gestehen, wenn die Regierung einen großen Werth darauf legt, so wäre nach meiner Ansicht das Praktischste gewesen, man hätte die Kammern aufgelöst und nachher der neuen die Frage, um die es sich handelt, vorgelegt: wollen wir preußische Vasallen werden oder ein großes Gesammtvaterland wieder haben?

Für den Bundestag schwärme ich natürlich auch nicht, das kann ich versichern. Mein verehrter Herr Nachbar hat nun die badische Politik des Herrn Staatsministers der auswärtigen Angelegenheiten mit einer Reise nach Amerika verglichen. Hat denn die großh. Regierung vielleicht einen Vertrag mit dem Herrn Geh. Rath Bluntschli abgeschlossen, daß sie nirgends mehr hinreisen darf, als wohin Herr Geh. Rath Bluntschli will? Ich glaube das schwerlich. Der ganze Vergleich paßt übrigens gar nicht hieher, denn, wenn ein Passagier die Karte gelöst hat, ist man auch verpflichtet, ihn dahin zu führen, wohin er nach derselben reisen will. Die großh. Regierung kann aber in dieser Hinsicht keinen Vertrag mit einem Einzelnen abschließen, denn das sind Vertrauenssachen. Wenn man bei der ganzen Sache nichts erreicht, so hat man doch seinem Gefühle Ausdruck gegeben. Aus dem vorhin Gesagten geht hervor, daß die Partei, welche der Herr Geh. Rath Bluntschli trefflich repräsentirt, mit Preußen durch Dick und Dünn geht; ich meiner Seits will dies aber nicht thun und ich habe durchaus nicht die Absicht, mich dem Herrn Grafen Bismarck gefesselt zu übergeben. Man hat gesagt, Preußen habe 16 Millionen Deutsche; das wußte ich, bevor ich in die Sitzung kam, und wußte auch, daß Oesterreich nur 7 Millionen Deutsche hat und mehr Slaven u. Ungarn, als Deutsche. Allein vergessen wir nicht, daß diese Völker bei Leipzig gegen die fremde Uebermacht fochten, während die Deutschen gegen sich selbst kämpften. Es lag damals eine Schmach auf Deutschland, die nicht wieder kommen soll, wenn leider *auch jetzt* schon Spießgesellen im Auslande gesucht und angeworben werden um die Deutschen hinter einander zu bringen. Ich sehe nicht ein, warum die Magyaren und Slaven ein Hinderniß für die deutsche Einigkeit seyn sollen. Man wird ihnen unsere Sprache nicht aufdrängen wollen, zu diesem würden wir uns auch nicht von Jemand Anderem zwingen lassen, allein eine solche Mitgift, wie sie Oesterreich an Ungarn besitzt, wird wohl kein anderes Land aufzuweisen haben.

Die Ungarn sind ein treffliches Volk; sie sind ein Volk, das nach meiner Ueberzeugung so edel ist, daß nicht leicht ein ähnliches aufzuweisen seyn wird. Mein Herr Nachbar befürchtet, daß das 8. Armeekorps schon geliefert sey, weil ein österreichischer General zu dessen Führer designirt sey, allein ich würde diesem Armeekorps gratuliren, wenn es denjenigen zum Führer erhielte, den die Zeitungen erwähnten.

Ich will nun meine Meinung über die einzelnen Sätze aussprechen.

Mit dem ersten Satze bin ich vollkommen einverstanden. Ich bin auch überzeugt, daß die großh. Regierung so viel Patriotismus hat, daß sie keine Mühe scheuen werde, das hierin Gesagte zu thun, allein um in dieser Sache ein Wort mitsprechen zu können, genügt es nicht, daß man diplomatische Noten schreibt! dieses Zeug ist veraltet.

Wenn man etwas thun will, muß man Bayonnete hinter sich haben, und ich werde es mit Freuden begrüßen, wenn die Regierung das Armeekorps so schlagfertig machen würde, wie es die Verhältnisse des Landes gestatten.

Gegen den nächsten Satz muß ich mich entschieden aussprechen. Der Himmel weiß es, was aus dem Krieg entstehen kann. Ich bin jetzt auch ein Mann des Friedens, ich wünsche, daß das Land nicht der Kriegsfurie preisgegeben werde. Ich kenne die Schrecknisse des Krieges aus eigener Anschauung. Es scheint mir aber geboten, daß Baden diejenige Stelle einnimmt, die es einnehmen muß, um für das Recht einzustehen, es darf sich nicht trennen vom Ganzen und etwas Apartes haben wollen. Mein verehrter Herr Nachbar sagt nun, die Kriegsrüstungen dürfen nicht von offensivem Karakter seyn, allein im Geheimen kann man doch nicht rüsten, man braucht Leute, man braucht Pferde. Wenn man diese beschaffen kann, ohne daß es offensiv erscheint, so ist dies vielleicht gut.

Was die Ausbildung der Wehrkraft unseres Volkes betrifft, so sehe ich solche für gut an, allein der Moment scheint mir höchst unglücklich gewählt zu seyn. Ich muß aufrichtig gestehen, im Momente der Kriegsgefahr eine Volkswehr organisiren zu wollen ist bedenklich. Wenn nicht die größten Unterdrückungen vorhergegangen, eine Erniedrigung und in Folge dessen eine allgemeine tiefgehende Erbitterung des Volks, wie dies in Preußen z. B. der Befreiungskriege der Fall war, ist davon nichts zu erwarten. Allein ich würde es auch als eigenthümlich betrachten, wenn man seit 50 Jahren schon Hunderttausende für den Kriegsdienst zahlt und jetzt von der Volkswehr spricht. Das ist doch zuerst Sache des Armeekorps und wenn sich außerdem noch das Volk dabei betheiligen wird, so wird es mich nur freuen.

Was den dritten Punkt hinsichtlich der Abstimmung beim Bunde betrifft, so erlaube ich mir, zu sagen, daß die Bundesverfassung einen Bestandtheil unserer Verfassung bildet, es also nicht in der Macht der großherzogl. Regierung stünde, zu

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

sagen, wir folgen einem Bundesbeschlusse nicht. Das wäre nicht möglich, denn wenn dies geschähe, entstünde ein polnischer Reichstag in Frankfurt statt einem Bundestage, statt einem gesetzlichen Körper. Es geht durchaus nicht an, daß die einzelnen Regierungen sagen, ich will Das nicht, was von dem Bunde beschlossen wird. Ich habe mich über die letzte Abstimmung am Bunde gefreut, indem sich dadurch gezeigt hat, was dem Interesse des Landes entspricht, nämlich mit den Nachbarländern Hand in Hand zu gehen, ohne aber von ihnen in's Schlepptau genommen zu werden. Die Neutralität halte ich meiner Seits für eine reine Unmöglichkeit. Mein verehrter Herr Nachbar ist gewiß ein hoher, ausgezeichneter Staatsrechtslehrer, allein vom Kriegsgebrauche in der Praxis hat er doch nicht die richtige Auffassung. Glaubt Herr Geh. Rath Bluntschli, daß wenn der Kampf entbrannt ist, die Heere sich um die Neutralität kümmern? Wenn ein österreichischer oder preußischer General vor dem Lande steht, so wird er, wenn er durch dasselbe marschiren muß, sich wenig darum kümmern, wenn an der Grenze des Landes eine Warnungstafel steht:

Hier ist ein verbotener Durchgang, denn wir sind neutral.

Ein solcher General gehört in Spiritus gesetzt und in einem Museum zum Andenken aufbewahrt, denn in 100 Jahren würde ein solcher nicht wiederkehren. Ich, als General, würde wenigstens auf die Neutralität nichts halten. Die Neutralität ist also nicht möglich und zwar aus politischen Gründen und dann hätte sie auch keinen Zweck, denn treffen die beiden Gegner bei unserem Land zusammen und kommen sie an das Land, so würden wir von Beiden als Feinde betrachtet und behandelt werden. Ich kann die Neutralität auch nur als eine Politik der Feigheit betrachten, und dazu kann ich nicht stimmen.

Ich komme nun zu dem letzten Punkt, zu der Einberufung des Parlaments. Das war der Köder, der uns von Preußen hingeworfen wird, das ist doch gewiß keine Frage, und in jener Auffassung habe ich keine Lust dazu. Wenn man zuletzt fragt, ob man ein Parlament wünscht, so sind wir darüber Alle einig; es ist sehr natürlich, daß ein Parlament nicht nur wünschenswerth, sondern auch sogar sehr nöthig ist, und ich würde für jedes Parlament stimmen, wenn ich dadurch einen praktischen Erfolg ermöglicht sehen würde, allein ich wünsche ein Parlament, in dem alle deutschen Stämme gleich vertreten und berechtigt sind und würde es als den schönsten Tag meines Lebens betrachten, wenn ein solches Parlament in Frankfurt zusammentritt, begleitet von den Segenswünschen und getragen von den Sympathieen des deutschen Volkes und seiner Regierungen. Das wird auch noch kommen, ich betrachte dies als eine Frage der Zeit, denn so oft das deutsche Vaterland bedroht wurde, ist der Ruf nach dem Parlamente laut geworden, weil nur aus der Einigkeit, dem einigen Willen des Volkes wie der Nation ein heilsamer Einfluß auf das Geschick derselben hervorgehen kann. Ein verehrter Redner des andern Hauses sprach in dieser Beziehung: Vom Kaiser von Oesterreich bis zum gemeinen Mann sieht Jeder in Deutschland ein, daß man eine Bundesreform haben müsse. Das ist auch meine Ansicht. Wir haben deßhalb auch ein Recht, darauf zu dringen, daß diese Reform zu Stande komme, allein eine solche, vertreten durch den Grafen Bismarck, kann ich mir nicht denken. Wenn es sich um die Beschickung eines Parlaments handelt, so stelle ich mir dies gewissermaßen wie ein Vertragsverhältniß vor, wobei Alles auf das Vertrauen ankommt. Ich frage aber, verdient dieser Mann, der den Vorschlag machte, auch mein Vertrauen, soll ich ihm mein Vertrauen schenken? Ich sage nein, ich schenke diesem Manne kein Vertrauen und vielleicht das Land auch nicht; ich gestehe, die Isolirung desselben und das Misere in Berlin muß sehr groß seyn, daß man sich zu einem solchen Theatercoup entschlossen hat. Ich frage, wie kann uns die dermalige preußische Regierung eine solche Schöpfung bringen, sie, die ihre eigenen Volksvertreter stets mit Schand und Spott, mit dem größten Hohne heimschickte und die immer entschlossen war, den standhaftesten Widerstand dabei zu zeigen? Wie kann sie einen solchen Vorschlag machen, sie, die geneigt ist, in Allianz mit dem Ausland einen Bruderkrieg heraufzubeschwören, wie kann sie verlangen, daß wir so mit ihr über das Wohl von Deutschland berathen sollen?

Dieser preußische Vorschlag hat nach meiner unmaßgeblichen Ansicht zwei Seiten: eine praktische und eine politische. Ich erlaube mir, zuerst die praktische Seite von meinem Standpunkte aus hervorzuheben. Ich habe bereits wiederholt, daß ich zu der königl. preuß. Regierung nicht das gehörige Vertrauen habe, denn ich weiß, was wir von ihr zu erwarten haben. Sehen wir in dieser Hinsicht nach Schleswig und sehen wir, wie es behandelt wird! Bisher war es dem deutschen Volke in seiner unermüdlichen Sanftmuth wenigstens erlaubt, zu glauben, zu wünschen und zu hoffen. In Schleswig ist dies nicht mehr erlaubt! Auch der bescheidene Wunsch, daß man lieber augustenburgisch wäre, als preußisch, wird mit Zuchthaus bestraft! Wenn ich dort wäre, hätte ich wenigstens schon 200 Jahre Zuchthausstrafe erhalten. Vor Allem muß ich bemerken, daß ich glaube, daß es nicht so ernstlich mit dem Parlamente gemeint ist, sondern nur eine Komödie gespielt wird, ob dies zu einer Posse oder zu einem Trauerspiel führt, wird die Zukunft zeigen. Sollte es aber dahin kommen, das Parlament zu berufen, so würde es nach Erfurt, Magdeburg oder Spandau kommen. Das letztere wäre der geeignetste Ort, denn man hat dort Kasematten, und auch das viel besprochene Obertribunal ist in der Nähe, man kann also schnell in Nro. Sicher gebracht werden; auch ist der Galgen nicht weit davon entfernt und dahin kann man auch kommen. Ich denke, das preußische Volk wird auch erklären, es wolle nichts von dem Parlament, denn es werde doch bekommen, was es will.

Das ist die praktische Seite; nun komme ich zu der politischen. Die Einberufung des Parlaments bedeutet nach meiner Auffassung ein Parlament mit preußischer Spitze und Ausschluß Oesterreichs.

Preußen will die Hegemonie in Deutschland haben, die Militärgewalt und die diplomatische Führung, das heißt, wir sollten das gute Blut unserer Landeskinder hergeben für die Sonderinteressen Preußens, wir sollten die Deputirten nach Erfurt, Magdeburg oder Spandau schicken und diese könnten die Gelder verwilligen, um in königlich preußischen Sonderinteressen wirken zu können. Ich hätte kaum geglaubt, daß sich in unserm Lande noch ein Kampf entspänne wegen Klein- oder Großdeutschland. Ich habe die Ueberzeugung, es hat noch in keinem Augenblicke ein politisches Programm so vollständig Fiasko gemacht, als das sogen. kleindeutsche Programm und hier, im Großherzogthum Baden, kann ich versichern, daß man wohl sagen kann, man solle nur 300 Personen zu schreiben oder zu sprechen verbieten, so wird man kein Wort mehr davon hören und wenn man etwas davon hörte, so würde man glauben, es sey aus dem Märchen „Tausend und eine Nacht". Ich habe bereits vor fünf Jahren mich dahin ausgesprochen, als ich zum ersten Male meinem verehrten Hr. Nachbar auf politischem Gebiete begegnete, daß ich für ein großes und mächtiges freies Deutschland jedes, auch das größte Opfer für klein halte, für ein großes Preußen und für ein kleines Deutschland aber gar kein Opfer gebracht werden kann. Vor dem hohenzollern'schen Hause, dem wir unsere erhabene Landesmutter verdanken, können wir nur die größte Hochachtung haben, von einer Superiorität Preußens will aber Niemand etwas wissen und ein Verzicht auf unsere Selbstständigkeit zu Gunsten Preußens würde auf den allerentschiedensten Widerspruch stoßen. So lange wir für dieses große Deutschland keine Opfer bringen können, so lange wollen wir Badener bleiben. Wir wollen nicht unter königlich preußischem Protektorate stehen und keine preußischen Vasallen seyn. Ich schließe auch heute damit:

„Ohne Oesterreich kein Deutschland!"

Wenn nach der Geschäftsordnung zulässig wäre, einen Antrag zu stellen und denselben zugleich zu unterstützen, so würde ich den Antrag stellen, über jenen des Herrn Geh. Raths Bluntschli zur Tagesordnung überzugehen. Nachdem aber nach der Geschäftsordnung nicht Jemand einen Antrag stellen und zugleich unterstützen kann, und es möglich ist, daß ich mit dem meinigen allein stehen könnte, so erkläre ich nur, daß ich gegen den Antrag des Geh. Raths Bluntschli stimmen werde.

Herr Oberst Keller: Durchl. hochgeehrtesten Herren! Ich bin mit dem geehrten Herrn Vorredner vollkommen darin einverstanden, daß eine deutsche Reform keinen der beiden Großstaaten ausschließen darf, denn von der Stellung der beiden Großmächte Deutschlands hängt die nationale Selbstständigkeit des deutschen Volkes ab. Die Geschichte hat bewiesen, daß Deutschland es oft schwer empfunden hat, wenn diese beiden Staaten sich trennten. So oft Preußen und Oesterreich sich von einander trennten, fühlten sie es schwer, so oft sie mit einander gingen, befand sich Deutschland wohl und die deutsche Unabhängigkeit war gesichert. Ich sage, Deutschland kann nicht ohne Oesterreich und ebenso wenig ohne Preußen bestehen, weil diese beiden Staaten wichtige Interessen vertreten, die für die gegenseitige Existenz dieser beiden Staaten nothwendig sind. Die Interessen, die Oesterreich vertritt, sind wahre Lebensfragen für Deutschland. Ich erinnere nur daran, daß ohne Oesterreich der Oberrhein nicht mit Aussicht auf Erfolg vertheidigt werden kann, denn die süddeutschen Kräfte reichen nach Besetzung der Festungen nicht aus, noch dafür zu sorgen. Man sagt nun, man solle die Wehrkräfte von Süddeutschland nach Kräften stärken, allein in kurzer Frist läßt sich diese Sache nicht in's Leben rufen. Zur Herstellung eines Heeres braucht man Zeit, und wenn man nur eine Miliz, wie in der Schweiz, herzustellen beabsichtigte, so würde dies eben auch Zeit in Anspruch nehmen. Man beruft sich in dieser Hinsicht auf die rasche Aufstellung der Heere in dem amerikanischen Kriege, allein in der Wirklichkeit ist es dort auch nicht so rasch damit zugegangen. Acht Monate bedurfte Mac Clellan, der durch seine Thätigkeit damals sich unsterblich machte, um die Heere zu organisiren und schlagfertig zu machen. Allein das Verhältniß war dort auch der Art, daß ihm ein Heer von gleicher Beschaffenheit gegenüber stand. Man übte sich noch tagtäglich im Angesicht des Feindes, täglich fanden Rekognoszirungen und andere Uebungen statt. Wenn der Feind, der uns einmal gegenüber steht, sich auch so passiv verhalten würde, wie dort, dann wäre es vielleicht für uns gut, allein das Heer, das den Rhein vertheidigen soll, muß nicht nur zahlreich, sondern auch gut geübt seyn. Allein auch auf einem andern Kriegsschauplatze ist man ohne Oesterreich nicht im Stande, zu operiren. Im Kriege wird nicht immer die Entscheidung unmittelbar gleich gegeben, sondern im Vertheidigungskriege braucht man noch andere Dinge, um operiren zu können. Wenn ich Süddeutschland betrachte, so ist die eine Grenze in strategischer Beziehung bei Straßburg, die andere bei Regensburg. Ein Heer, das in der Nähe der Donau operirt, kommt bei Regensburg in eine strategische Sackgasse und nur Oesterreich ist im Stande, ihm ein Hinterland zu gewähren. Von großer militärischer Bedeutung für die Operation ist auch Venetien. Das Festungsviereck deckt oder erhöht allein nur die Vertheidigung des Oberrheins, denn ist dieses in feindlichen Händen, so kann ein deutsches Heer zur Vertheidigung jener Grenze nur in der bayerischen Hochebene oder an der Donau eine Stelle einnehmen, und dadurch ist ein großer Theil des Landes strategisch aufgegeben, weil dort nicht operirt werden kann. Das Festungsviereck gestattet also die Vertheidigung des Oberrheins und deckt den einzigen Hafen, den Deutschland im adriatischen Meere hat. Zu gleicher Zeit ist aber auch die Position Oesterreichs dazu der Art da, daß sie die italienische Frage von der orientalischen trennt, und es ist dies also von großem europäischen Interesse. Eine andere Position, die für die Existenz und den Neubau von Deutschland wichtig ist, ist die Stellung gegenüber von Rußland. Wenn heute Oesterreich verloren ist, so wird jenes Reich, wenn es ihm möglich wird, sich zu einem ungeheuren Reiche bilden. Wenn dagegen Italien im Besitze von Venetien ist, so ist die Existenz von Oesterreich so gut wie vernichtet, wodurch die Sicherheit von Deutschland vollständig in Frage kommt. Ich glaube, daß die Stimme der österreichischen Vertreter beim deutschen Parlament unbedingt nothwendig ist für die Existenz von Deutschland, und daß, wenn es sich darum handelt, eine Gesammtverfassung für Deutschland aufzustellen, auch beide Großstaaten darin enthalten seyn müssen. Es ist meine Ansicht, daß die deutsche Bundesverfassung, wie sie besteht, in keiner Weise genügt, und daß eine Reform derselben nur gedacht werden kann auf der Basis der nationalen Vertretung. Nur ein Parlament, das mit bedeutender Kompetenz den nationalen Willen vertritt, ist im Stande, dem deutschen Volke die nöthige Garantie zu geben. Daß eine einheitliche Spitze aus dieser Ursache nicht möglich ist, scheint mir einleuchtend und ich kann mir ein einheitliches Bild der Verfassung nur in kollegialischer Form denken mit richtiger Vertheilung des Stimmenverhältnisses. Der eigentliche Grundgedanken für die deutsche Verfassung liegt in dem Parlament und der Ausdruck eines solchen, aus der allgemeinen Abstimmung hervorgegangen, kann von den Regierungen nicht ignorirt werden, wenn auch die Anschauungen der Regierungen auseinander gehen. Was nun speziell die einzelnen Punkte des Antrags betrifft, den der Herr Geh. Rath Bluntschli stellte, so bin ich ganz der Ansicht, daß die süddeutschen Staaten in dem Konflikt, der Deutschland bedroht, mit einander gehen müssen und zwar in der Weise, daß es angemessen scheint, ein enges Bündniß mit einander einzugehen. Ob sie sich an dem Kampfe unmittelbar betheiligen oder sich neutral verhalten, läßt sich nicht absehen oder zum Voraus beurtheilen. Allein ich glaube, daß durch die bedrohlichen Zeichen, die sich in Frankreich kundgeben, das größte Augenmerk nach dem Rhein gerichtet werden muß. Wenn ein deutscher Bruderkrieg eintritt und die innern Streitkräfte zu einer Interzession nicht auftreten, dann stimme ich nicht dagegen, aber daß diese Neutralität immer eine unbedingte sey, läßt sich als einen allgemein giltigen Satz nicht aufstellen. Für ganz unmöglich würde ich es aber halten, daß das Großherzogthum Baden allein sich neutral halte, weil daraus ein fatales Schicksal für dasselbe hervorgehen könnte, weil Frankreich am Rhein stehen und der Fall gedacht werden kann, daß man gegen den Rhein gedrängt werde und dadurch in die schlimmste Lage der Welt käme. Ich glaube, darin mit dem Herrn Grafen v. Berlichingen übereinstimmen zu können, daß man das größte Vertrauen auf die patriotische Gesinnung unserer Regierung haben darf, daß sie bei der Umgestaltung des deutschen Bundes die Wohlfahrt von ganz Deutschland im Auge haben werde und unterstütze deßhalb den Antrag des Herrn Grafen v. Berlichingen.

Herr Ministerialrath Dr. Jolly: Durchl. hochg. Herren! Ich erhebe mich, um den Antrag des Herrn Antragstellers, dem ich für die beredte Vertheidigung desselben zunächst meinen herzlichen Dank ausspreche, zu unterstützen. Derselbe hat seinen Antrag nach meiner Ueberzeugung so unwiderleglich begründet, daß es für überflüssig erscheinen könnte, zur Vertheidigung desselben noch weiter etwas zu sagen und es ist ein undankbares Geschäft und es erfordert eine gewisse Selbstverläugnung, nachdem er seine Gründe so beredt vorgetragen hat, unter unvermeidlicher Wiederholung des schon Gesagten den Antrag nochmals zu empfehlen. Ich ergreife nur das Wort, weil ich es in diesem ungemein ernsten Augenblicke für die Pflicht jedes Mannes halte, der, wenn auch nur in bescheidener Stellung, bei der Entscheidung über die Geschicke unseres Volkes mitzuwirken berufen ist, nicht blos mit stummer Zustimmung, sondern offen und mit lauter Stimme sich zu Dem zu bekennen, was er für richtig hält.

Ich folge nun den einzelnen Punkten des Antrages, wie sie vorliegen.

Zunächst geht der Antrag auf Neutralität. Mir scheint bis zur Stunde dieser Antrag so natürlich und unserer Lage entsprechend, daß ich mich wundere, daß zwei Herren Vorredner demselben nicht zustimmen. Herr Graf v. Berlichingen findet diesen Antrag unmöglich, ich betrachte die Verhältnisse gerade umgekehrt. Wir haben nicht nur das größte Interesse daran, uns neutral zu verhalten, sondern diese Politik ist, wenn wir uns nur nicht absichtlich in den Kampf drängen, außerordentlich leicht durchzuführen, weil unser Land außerhalb des Kriegsschauplatzes gelegen ist. So gewiß jeder der streitenden Theile uns gerne als Bundesgenossen gewinnen würde, eben so gewiß wird jeder eine ernstlich aufgestellte Neutralität respektiren. Und hätten sie auch so wenig Ehrfurcht vor dem Recht der Neutralen, wie ein Herr Vorredner dies als selbstverständlich betrachtete, so würde unsere Neutralität dennoch gesichert seyn, weil für jeden der Kriegführenden ihre Achtung vortheilhafter ist, als ihre Verletzung. Wir haben demnach vollkommen die Möglichkeit, die Neutralität aufrecht zu erhalten und diese Neutralität ist auch innerlich vollkommen gerechtfertigt. Man führt einen Krieg, man übernimmt die ungemessenen Opfer, die entsetzlichen Drangsale eines Krieges nur dann, wenn man entscheidende Gründe dafür hat. Derjenige, der Krieg führt, hat die Gründe anzugeben, warum er seinem Volk die Opfer, die wahrlich nicht klein anzuschlagen sind, auferlegen will. Nicht wir, die wir durch Neutralität den normalen Zustand des Friedens aufrecht erhalten wollen, haben besondere Gründe dafür anzuführen. Welches Kampfziel wird denn nun von den kriegführenden Mächten aufgestellt? Ist dasselbe der Art, daß man dem deutschen Volk mit gutem Gewissen zumuthen kann, stürze dich in den Kampf, bringe all' die unabsehbaren Opfer an Geld und Blut, übernimm all' die unberechenbaren Gefahren, die mit diesem Krieg verbunden sind und mit seiner Ausdehnung wachsen? Das ist nicht möglich. Was verlangen die beiden Mächte? Oesterreich will Krieg führen, um den alten Zustand zu erhalten und wieder zu befestigen auf Jahrzehnte und Generationen hinaus, von dem wir seit Jahrzehnten überzeugt sind, daß er unhaltbar ist und den bescheidensten Ansprüchen der deutschen Nation auf politische Sicherheit, Macht und Ehre nicht genügt. Noch sind es nicht drei Jahre her, daß der Kaiser von Oesterreich selbst feierlich erklärt hat, jener Zustand sey unerträglich und unwürdig der deutschen Regierungen und der Nation, und heute hat Oesterreich und seine Freunde die Naivität, uns zuzumuthen, indem Oesterreich für diesen Zustand in den Krieg geht, uns auch hineinzustürzen und auf alle die Ideale zu verzichten, die wir in uns tragen, so lange wir politisch denken und fühlen. Ich meine, das ist kein Kampfpreis, um den man dem Volke zumuthen kann, die Last eines Krieges auf sich zu nehmen.

Was sind aber die sichtbaren Ziele Preußens? Es will zunächst einen bestimmten Zustand in den Elbherzogthümern herstellen, welchen Oesterreich zu verhindern, nöthigenfalls durch Krieg, bemüht ist. Ich bin mit Dem, was Preußen dort anstrebt, nicht einverstanden, und noch weniger mit der Form, in welcher es seine Ziele verfolgt. Ich glaube, wir können, so lange wir als Männer auf unsere Ehre einen Werth legen, die Schritte, zu welchen sich die Bismarck'sche Politik in Schleswig-Holstein genöthigt sah, nicht billigen; noch weniger können wir uns freiwillig an einem Kampfe für diese Politik betheiligen. Aber auch die Gegenseite verdient unsere Sympathien nicht. Ich kann das Wort nicht zurückhalten, auch das Verfahren der Schleswig-Holsteiner ist schweren Vorwürfen ausgesetzt. Ich fürchte, es wird die Zeit kommen, wo sich jenes Volk an die Brust schlägt und klagend ausruft, wir waren Thoren, daß wir in leidenschaftlichem Eigensinn ein kleines formelles Recht vertheidigten und der großen nationalen Aufgabe vergaßen.

Das Zweite, das uns von Preußen vorgehalten wird, ist die Herstellung der Bundesreform. Ich läugne nicht, das Herz schlägt mir höher bei dem Gedanken an ein deutsches Parlament, allein es klopft mir Angesichts der vorliegenden Verhältnisse und Gefahren auch in bangen Schlägen. Diese Reform wird uns angeboten von einem Manne zweifelhafter Art. Es ist nicht angenehm, sich über Personen, die außerhalb dieses Hauses und unseres Staates stehen, sich zu äußern, allein es ist unmöglich, wie die ganze Diskussion erwiesen hat, über diese Dinge zu sprechen, ohne den Mann, der zur Zeit die Geschicke des preußischen Staates leitet, mit hereinzuziehen. Ich beginne zunächst mit dem Bekenntnisse, daß ich mit vielen Tausenden in Deutschland mich über diesen Mann lange Zeit sehr getäuscht habe. Als Graf v. Bismarck seine Laufbahn in Preußen begann, war die Meinung sehr allgemein verbreitet, und ich bekenne mich, wie gesagt, als mitschul-

dig an dem Irrthum, er sey lediglich nur ein Phantast, ein Mann, der in maßloser Selbstüberhebung über alles Das, was die Menschen gewöhnlich für recht ansehen oder für gut halten, sich hinaussetze und in der Verletzung der öffentlichen Meinung seine Befriedigung und gewissermaßen sein Ziel finde. Der Graf v. Bismarck hat aber in seinem Schicksal in einer Beziehung eine merkwürdige Aehnlichkeit mit einem andern Mann, der jetzt mit noch weit größerem Einflusse in die Geschicke Europas eingreift. Der Held von Straßburg und Boulogne galt aller Welt als ein lächerlicher Phantast, heute wird kein Denkender bestreiten, daß der Kaiser Napoleon ein ganz eminent kluger, kalter, vorurtheilsfreier Rechner in allen politischen Dingen ist. Auch Graf v. Bismarck hat sich in ganz anderer Weise entpuppt, als wir erwartet hatten. Es ist Zeit, sich von dem erkannten Vorurtheile frei zu machen. Mir scheint, daß er ein Mann von ganz eminenter Begabung, von einer eben so seltenen, als schätzungswerthen Willenskraft ist. Ich halte ihn für einen preußischen Patrioten, der mit unbedingtester Hingebung für die Größe seines Staates arbeitet, und für mich wenigstens ist die Macht Preußens von der Größe Deutschlands nicht getrennt zu denken. Alles Das kann man nicht läugnen. Graf v. Bismarck hat aber neben diesen großen Eigenschaften auch einen großen Mangel, der das Vertrauen nicht aufkommen läßt; es fehlt ihm der Sinn und das Verständniß für die moralischen Kräfte, die in dem Volke für das Recht und die Freiheit sich geltend machen. Er mißachtet die ihm nicht verständliche Macht, er ist aber kein Doktrinär der Reaktion. Ich verzweifle nicht, daß er auch in dieser Beziehuug noch lernen wird; es wächst der Mensch mit seinen Zielen. Ich begreife, daß unser Volk zögert, eine Gabe, die ihm von dieser Hand geboten wird, anzunehmen, und noch ehe man ihren Inhalt kennt, für dieselbe einen furchtbaren Krieg zu wagen. Sind aber die Kampfesziele, welche Preußen bis jetzt aufgestellt hat, so unsicher und ungewiß, und ist der Mann, den es uns als Führer bietet, von so zweifelhafter Natur, daß wir uns nicht entschließen können, ihm in den Kampf zu folgen, so können wir noch weniger für Oesterreich in den Krieg ziehen, das für die Erhaltung eines Zustandes kämpft, den wir längst als einen unerträglichen empfinden, den es selbst als unhaltbar bezeichnet hat. Es bleibt uns für jetzt nur die Neutralität.

Dieser Auffassung ist der Vorwurf gemacht worden, sie führe zu einer Politik der Thatlosigkeit und der Feigheit. Das ist aber nicht der Fall. Wir werden zur That schreiten, wir werden zeigen, daß wir des Entschlusses und der Handlung fähig sind, wenn die Verhältnisse so kommen, daß wir handeln können. Erst wenn wir dann zögern und uns bedenken, würden die Vorwürfe des Herrn Grafen v. Berlichingen mit Recht uns treffen. Wir wollen keine Neutralität um jeden Preis und unter allen Umständen; die Grenze, bis zu welcher wir in der Neutralität verbleiben wollen, ist genau bezeichnet; wir sind zu jedem Handeln bereit für die Reform der deutschen Verfassung. Wir weisen das Parlament nicht zurück; ergreifen wir, was angeboten ist, denn indem wir es ergreifen, machen wir es immer schwerer, das Angebotene wieder zurückzuziehen, und erweist es sich als ungenügend, so ringen wir nach mehr, anstatt auch das Gebotene unbenützt zu lassen. Ich halte es für durchaus verkehrt, zu sagen: Ich habe Mißtrauen gegen Preußen, deßhalb nehme ich das Parlament nicht an. Gott bewahre! Jede Möglichkeit, es zu erhalten, muß ergriffen werden. Das ist die falscheste Politik, leider aber in Deutschland nur allzu sehr verbreitet, daß man sich für Ideale erhitzt, für sie schwärmt, und treten sie uns dann in der rauhen Wirklichkeit nicht ganz so fertig und so schön entgegen, wie die Phantasie sie uns vorgemalt hatte, so verläugnen wir unsere eigenen Wünsche und stoßen das Angebotene zurück. Es ist aber die Aufgabe des Mannes, in ernster Arbeit auszuharren, festzuhalten mit kräftiger Faust, was geboten ist und in ausdauernder Anstrengung das Unvollkommene seinem Ideale zu nähern.

Ich suche vergeblich nach einem Grunde, der uns jetzt aus der Neutralität heraustreiben könnte, ich höre nur das Schlagwort: wer zuerst die Waffen ergreift, ist der Friedensbrecher, oder, um noch volltönender zu sprechen, der Landfriedensbrecher. Ich halte diesen Satz für vollkommene Gedankenlosigkeit; man verzichtet damit auf jede freie Entschließung aus politischen Erwägungen. Es ist ein zufällig, auf welcher Seite der erste Kanonenschuß fällt. Wir können, wenn der erste Angriff von der Seite erfolgt, auf welche unsere Interessen uns ziehen, nicht deßhalb auf die andere Seite gegen unsere eigenen Interessen treten. Im Gegentheil, wenn der Führer meiner Sache Energie genug besitzt, nöthigen Falls auch die Verantwortung des Angriffs auf sich zu nehmen, wenn es so seyn muß, so kann dies nur mein Vertrauen zu ihm erhöhen. Es ware nur ein Beweis seiner Klugheit und Energie.

Nach allem Dem kann ich den ersten Satz des Antrags, daß wir uns so lange als möglich neutral verhalten, nur billigen. Es ist bis jetzt kein Preis geboten, der uns veranlassen könnte, uns in einen Krieg zu stürzen.

Ich komme zu den weiteren Sätzen, die sich über den Inhalt der Neutralität verbreiten. Es versteht sich ganz von selbst, daß wir uns bei etwaigen Rüstungen jedes offensiven Schrittes oder auch nur Scheines zu enthalten haben. Die Natur der Verhältnisse wird von selbst verbieten, unsere Soldaten nach Sachsen oder sonst wohin zu schicken, ich denke, wir haben allen Grund, sie im Lande zu behalten. Eine badische Politik kann nur durch unsere Abstimmungen am Bundestage sich geltend machen; es kommt also darauf an, hier die richtige Stellung einzunehmen und uns vor Schritten zu hüten, die in ihren Folgen verhängnißvoll werden können, die es uns erschweren, in der gewünschten Neutralität zu verharren. Ich muß mich hier Dem, was der Herr Antragsteller hinsichtlich eines der Vergangenheit angehörenden Punktes gesprochen hat, anschließen. Auch ich bedauere die Abstimmung Badens beim Bundestage vom 9. dieses Monats.

Ich gebe gerne zu, daß in den Verhältnissen eine gewisse natürliche Veranlassung für den Beschluß lag. Wenn eine der beiden Großmächte gerüstet gegen die andere dasteht, liegt es gewiß in der Aufgabe des Bundes, zum Frieden zu mahnen. Wenn aber auch die Abstimmung vom 9. durchaus keine die Neutralität überschreitende feindselige Tendenz gegen Preußen hatte, thatsächlich war sie doch immer einseitig gegen Preußen gerichtet. Auch Oesterreich hat gerüstet, ich hätte gewünscht, daß an beide Gegner die gleiche Aufforderung gerichtet worden wäre. Viele halten nun freilich Preußen unbedingt für den angreifenden Theil. Ich gebe zu, daß Preußen politisch in gewissem Sinne der agressive Theil ist, aber selbst in dieser Beziehung liegt die Sache doch nicht so, daß Preußen allein der Schuldige wäre. So ganz harmlos ist denn doch die österreichische Politik nicht. Sie tritt allerdings Preußen immer nur mit den Worten entgegen: Liebes Preußen, lasse mich nur in Ruhe, weiter will ich nichts. In der That verhält es sich aber doch etwas anders. Worin liegt der Anlaß des gegenwärtigen Konflikts? in den Zuständen, welche beide Mächte in Schleswig-Holstein geschaffen haben und welche jetzt jede in einer anderen Weise zu ändern wünscht. Ich sympathisire weder mit den Bestrebungen des einen, noch des andern in Schleswig-Holstein, immerhin ist aber auch Oesterreich in gewissem Sinne aggressiv, indem es gerade so wie Preußen auf eine Aenderung des gemeinschaftlich mit Preußen geschaffenen Zustandes drängt.

Militärisch liegt aber die Sache sogar günstiger für Preußen. Es scheint mir historisch festzustehen, daß die ersten ostensibeln militärischen Schritte von Oesterreich geschehen sind. Möglich, daß man dabei in Wien noch sehr weit von einer Kriegserklärung entfernt war und nur eine kriegerische Friedenspolitik treiben wollte; man glaubte vielleicht, durch Säbelgerassel sey etwas zu erreichen; jedenfalls bleibt die Thatsache, daß Oesterreich zuerst offiziell rüstete. Und mittlerweile scheint mir die Kriegspartei auch in Wien sehr an Boden gewonnen zu haben. So ganz friedfertig ist man auch dort nicht. Einen nach meiner Ansicht geradezu aggressiven Schritt hat aber Oesterreich dadurch gethan, daß es in den Abrüstungsverhandlungen mit Preußen ganz gleichzeitig, wie es die Entwaffnung wegen Italiens ablehnte, Verhandlungen mit Preußen über Schleswig-Holstein verlangte, mit der Drohung, die Sache sonst an den Bund zu bringen. Beide Erklärungen waren freilich in verschiedenen Depeschen enthalten, sie wurden aber doch gleichzeitig übergeben. Gegen die Gefahr, welche dem Bundesgebiet von Italien drohen könnte, kann, auch wenn Oesterreich gleichzeitig mit Preußen abrüstet, durch Bundesbesatzungen geholfen werden. Was Sachsen anbelangt, so scheint mir ein provocirender Ton der dortigen Politik nicht zu verkennen. Das Land befindet sich allerdings in einer sehr exponirten, ungemein gefährlichen Lage, und dies erklärt eine gewisse Leidenschaftlichkeit. Möge jene Politik nicht verhängnißvoll für Deutschland werden!

Doch ich will nicht länger bei einer der Vergangenheit angehörigen Frage, die relativ nicht so wichtig ist, verweilen; es handelt sich wesentlich um das Verhalten in der Zukunft; und hier scheint mir der entscheidendste Punkt, nach welchem zu streben ist, wenn auch seine Erreichung nicht in der Hand unserer Regierung allein liegt, der zu seyn, wenn irgend möglich einen Mobilisirungsbeschluß am Bunde zu verhindern. Ich halte einen Mobilmachungsbeschluß, wie die Dinge liegen, für eine Kriegserklärung und es wird nur von dem Vortheil des Augenblicks abhängen, ob Preußen darauf unmittelbar mit Kanonen antworten oder noch einige Zeit zuwarten wird. Ich glaube, wir sollten, soweit unsere Kräfte reichen, diese schlimmste aller Eventualitäten verhindern. Ich bin durchaus nicht der Meinung, daß Baden sich isoliren, eine aparte Stellung einnehmen solle, im Gegentheil, ich wünsche sehr, die Regierung möge auf dem eingeschlagenen Wege fortschreiten, und mit den süddeutschen Nachbarn in ein möglichst vertrautes Verhältniß treten, aber ihren Einfluß nicht in dem Sinne gebrauchen, um sie zur Action aufzustacheln, sondern sie zur Einhaltung der Neutralität mit uns zu bewegen. Dagegen scheint es mir unmöglich, in dem Moment, wo der drohende Bruch zwischen den beiden deutschen Großmächten zur Wirklichkeit wird, die fernere Anwendbarkeit der Bundesverfassung unbedingt anzuerkennen. Wir können uns für einen solchen Fall nicht mehr den Konsequenzen der Bundesverfassung unterwerfen, sondern müssen uns freie Allianzen vorbehalten.

Mit dem Austritt einer der beiden Großmächte aus dem Bund ist dieser thatsächlich einstweilen aufgelöst. Wer sich in zivilistische Untersuchungen einlassen wollte, könnte vielleicht mit vielem Beifall pro und contra erörtern, ob eine Sozietät mit dem Austritt eines Gesellschafters aufhört oder unter den übrigen fortbesteht. Gewiß ist aber, daß Deutschland nicht mehr als Ganzes besteht, wenn Preußen aus dem Bunde austritt und mit ihm die sämmtlichen norddeutschen Staaten, die freiwillig oder gezwungen ihm folgen werden und müssen. Nur die blindeste Leidenschaft kann behaupten, daß der Rest noch Deutschland sey. Wenn man aber an Formen sich hängen und nach formellen Gesichtspunkten sich entscheiden will, dann entsteht die Frage, kann der Bundestag auch außerhalb Frankfurts bestehen? Nach der Bundesverfassung ist die Frage zu verneinen. Wie viele Tage aber die Bundesversammlung, wenn Preußen hinausgeschoben ist, noch in Frankfurt wird verweilen können, scheint mir sehr problematisch. Preußen wird auch sicher nicht allein ausscheiden; es wird mit den zu ihm haltenden Staaten auch einen deutschen Bund machen; dann haben wir zwei Bünde: welcher ist der rechte? Mir scheint aus allem Dem klar hervorzugehen, daß mit dem Austritt Preußens aus dem Bunde die Bundesverfassung unmöglich geworden und unanwendbar ist. Wir haben uns zu hüten, daß uns dann nicht in Form von Bundesbeschlüssen Verbindlichkeiten gegen unsern Willen auferlegt werden. Die Sache ist von der größten Bedeutung hinsichtlich des 8. Bundesarmeekorps. So sehr ich einen möglichst engen Anschluß an Bayern und Württemberg für süddeutsche Neutralität wünsche, für so bedenklich halte ich die Aufstellung von Bundesarmeekorps. Nach dem Ausscheiden Preußens könnte der übrig gebliebene Rest mit bloser Majorität gegen unsere Stimme Mobilmachung beschließen. Nach formellem Bundesrecht wird dann für das 8. Armeekorps ein Kommandeur ernannt; die Ernennung steht jetzt Württemberg zu; wir haben nichts mitzusprechen. Nach den Zeitungen ist dazu ein hessischer Prinz und österreichischer General in Aussicht genommen. Er kann das Armeekorps verlegen wie er will, er kann es zwischen Rastatt und Karlsruhe aufstellen, und dann wären wir, ehe der erste Kanonenschuß fällt, ohne daß vielleicht irgend etwas Anderes in Deutschland geändert wird, einstweilen mediatisirt. Hüten wir uns davor, uns auf Wege verlocken zu lassen, die zu diesem Ziele führen; wir müssen vielmehr Alles thun, die Regierung auf einem Standpunkt festzuhalten, der uns vor solchen Gefahren bewahrt. Ich habe mir mein schönes, liebes, theures Baden nie getrennt gedacht von dem ganzen großen deutschen Vaterlande, wir sind mit unserem erhabenen Fürsten bereit, die Opfer zu bringen, die für das Ganze und Allgemeine nothwendig sind. Das aber sind wir unserm engern Vaterlande und selbst der deutschen Nation schuldig, daß wir uns nicht durch kleine Bruchtheile der Nation, die nicht mehr Recht haben als wir, weil sie nicht mehr leisten können, mediatisiren lassen und damit auf die freie Theilnahme an der unermeßlich wichtigen Aktion verzichten, zu welcher das deutsche Volk berufen ist.

Ich schließe, indem ich nochmals meine volle Uebereinstimmung mit dem Herrn Antragsteller ausspreche. Wir können im Momente nichts Anderes thun, als einstweilen in Neutralität zu verharren, wir wollen aber äußerlich vorbereitet und innerlich mit Entschluß und Kraft gerüstet dastehen, um, wenn die Stunde ruft, in den Kampf für die Größe des Vaterlandes eintreten zu können.

Herr Geh. Rath von Mohl: Durchl. hochgeehrtesten Herren! Ich war lange mit mir im Zweifel, ob ich heute das Wort ergreifen könne oder dürfe. Ich betrachte die Verhandlung am heutigen Tage als eine solche, die dazu dienen solle, der großh. Regierung die Ansichten, die über diese ungeheuere Frage bestehen, auszusprechen. Ich habe solche Vorträge persönlich nicht hier zuerst zu machen und könnte also schweigen. Ich habe mich aber auch deßhalb besonnen, um das Wort zu bitten, weil ich vollkommen unvorbereitet in die Sitzung kam; wenige Augenblicke vor der Sitzung ist mir erst der vorhin verlesene Antrag zugestellt worden. Daraus habe ich aber ersehen, von welcher Tragweite die heutige Diskussion seyn soll und es scheint mir deßhalb, daß ich bei derselben nicht ausbleiben kann und habe mich deßhalb entschlossen, einige Worte zu sprechen. Ich bin mit Manchem, was gesagt wurde und was in dem Antrag steht, vollkommen einverstanden. Ich habe mein Leben lang treu und aufrichtig zu der Partei gehört, die geglaubt hat und noch glaubt, daß von der organischen Verbesserung der deutschen Zustände nicht die Rede seyn kann, wenn nicht Preußen der Mittelpunkt ist, von dem Alles ausgeht. Würde die Sache so stehen, daß es sich einfach um eine friedliche Lösung der deutschen Frage handelte, so läge diese nach meiner Ansicht in dem alten bekannten Programm, wie es von Schwarzenberg aufgestellt wurde. Ich würde mich nicht besinnen, mich nach meiner subjektiven Meinung dafür auszusprechen, allein ich bin über die wirkliche Lage der Dinge etwas verschiedener Meinung, als die Herren Vorredner.

Lassen Sie mich zuerst mit dem erfreulicheren Theile beginnen, in welchem ich mit meinen politischen Freunden übereinstimmen kann. Ich sage auch, daß kein Krieg seyn soll, daß wir alles Mögliche thun sollen, um ihn zu verhindern. Wer in der Welt wird den scheußlichen Krieg wünschen, der bevorsteht?

Ich meiner Seits mag die Sache ansehen wie ich will — vielleicht daß auch das Alter mir die Sache schwärzer erscheinen läßt — so kommt es mir aber doch vor, daß Das, was bisher geschah, nur ein Kinderspiel ist gegen Das, was uns bevorsteht. Man spricht allerdings von ein paar Schlachten, mit denen Alles ausgemacht wäre. Aber diese Großmächte haben keine so kleinen Gebiete, die Kämpfenden können sich bis nach Memel oder an die ungarische Grenze zurückziehen und es können wieder 30 Jahre bis zum Ende des uns jetzt bedrohenden Krieges vergehen.

Das Geld wird auch nicht den alleinigen Ausschlag dabei geben; die Zeit, in welcher man Staatsanleihen zu Stande bringt, mag vorübergehen, aber Geld wird sich finden, man wird es aus den verborgensten Kisten und Kasten herauszuholen wissen. Wer wird also nicht wünschen, daß dieser Krieg nicht ausbreche? Allein mit Wünschen ist es nicht gethan, man muß auch Handeln und etwas einsetzen. Ich gebe zu, es ist große Gefahr vorhanden, allein es ist nicht ganz unmöglich, den Krieg noch aufzuhalten.

Dazu gehört aber, daß Diejenigen, die nicht dabei betheiligt sind, zusammenhalten, aber nicht blos mit Wünschen und allgemein theoretischen Sätzen. Es ist ganz gut, den Krieg so lange als möglich verhüten zu wollen, wenn man sich aber nicht entschließen kann, gemeinschaftlich mit Andern eine bestimmte Stellung dagegen einzunehmen, so treibt man eben doch dem Schicksal mit gekreuzten Armen entgegen. Ich kann demnach nur wünschen, daß Alles, was zum Frieden führt, gethan und unter den süddeutschen Staaten darüber verhandelt werde.

Ich anerkenne, daß für Süddeutschland zunächst die Neutralität das Wünschenswertheste ist, was uns im eigenen Interesse begegnen kann. Aber Neutralität kann ch nur, wenn sie wirklich besteht, als solche betrachten. Von Baden halte ich es aber für unmöglich, daß es allein neutral bleibe, d. h. auf längere Zeit. Nach der geographischen Lage wäre eine Neutralität von Süddeutschland unbewaffnet oder eine solche mit Bürgerwehren höchst gefährlich; zu empfehlen wäre nur eine Neutralität unter den Waffen. Wenn wir nur sagen, wir sind friedfertige Leute, so ist damit nichts geschehen. Man hat nach der Geschichte mit der Neutralität auch noch nichts erreicht, wenigstens war dies im 30jährigen Krieg und noch in andern Kriegen der Fall. Sie hat stets nur die Folgen gehabt, von welchen Herr Graf v. Berlichingen sprach, nämlich daß man dann von beiden Seiten als Feinde betrachtet wurde. Das ist vollkommen richtig und durch die Geschichte bewiesen. Wir müssen also auch die Mittel ergreifen, um die Neutralität zu schützen, falls wir wegen derselben angegriffen werden. Ich bin mit dem Enthusiasmus für das deutsche Parlament auch einverstanden, allein ob in diesem Augenblicke von einer friedlichen Unterhandlung über ein Parlament die Rede seyn kann, bezweifle ich, denn es können Zustände und Verhältnisse eintreten, von denen wir noch nicht entfernt eine Ahnung haben. Der Versuch soll aber gemacht werden, und wenn man sagt, von diesen Händen nehme ich das Parlament nicht an, so ist das kindisch; warum soll ein begabter Mann nicht die Absicht haben können, daß etwas Tüchtiges geschehe? Ich bin also durchaus nicht der Meinung, daß man das Parlament oder überhaupt ein Eingehen auf Bundesreform einfach ablehnen solle. Wohl werden wir aber, ehe wir uns entschließen, abwarten müssen, was denn geboten wird. Ich kann mich hier nicht näher darauf einlassen, allein daß es gut ist, wenn man vollkommen darin übereinstimmt, daß man das Angebotene ergreifen müsse, wird gewiß Niemand in Abrede ziehen wollen. Die Herren, die mit so beredten Worten, mit einem gewissen Enthusiasmus gesprochen haben, gehen davon aus, daß es sich endlich darum handle, unser altes deutsches Programm zur Realisirung zu bringen, und dazu soll das furchtbare Mittel des Krieges genommen werden, damit müsse man gewinnen, wenn man entschlossen sey.

Ich sehe einen solchen Zweck des Krieges nicht. Wäre es die Absicht für ganz Deutschland, diese Reform zu schaffen, so wäre es etwas Anderes. Hat aber Jemand diese Ueberzeugung? Es handelt sich im Gegentheil nach meiner Ansicht nur um Norddeutschland, was soll aber dann aus Süddeutschland werden? Sollen wir ein elender Rheinbund werden oder uns an Oesterreich anschließen? Ich sehe kein weiteres Mittel, und nach meiner Anschauung scheint mir nicht die Rede davon zu seyn, daß eine allgemeine Umbildung der Verhältnisse Gesammtdeutschlands eintrete. Wir müssen in diesen Dingen viel klarer seyn und bedenken, daß nicht von der Gestaltung der deutschen Verhältnisse die Rede ist, sondern von Preußen. Hält man mir entgegen, es sey einerlei,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

ob Preußen in Deutschland aufgeht oder umgekehrt, so bin ich in diesem Punkte anderer Meinung. Ein vergrößertes Preußen ist noch lange nicht ein geeinigtes Deutschland. Daß also die Lösung der deutschen Frage durch den gegenwärtigen Krieg, der uns mit so großem Unheil bedroht, durchgefochten wird, glaube ich nicht. Ich fürchte, daß nach demselben wieder der alte Zustand mit geringer Veränderung, aber nach unsäglichen Leiden und mit einem entsetzlichen Ruin unseres Wohlstandes und unserer Macht vorhanden seyn wird, und daß ich aus diesem Grunde einem solchen Kriege nur mit dem größten Grausen entgegensehe, brauche ich nicht erst zu sagen. Darin theile ich übrigens die Ansicht des Herrn Antragstellers, daß die Differenzen zwischen Preußen und Oesterreich nicht blos mit dem Grafen v. Bismarck zusammenhängen, daß vielmehr noch verschiedene andere tiefer liegende, nicht willkürlich zu beseitigende Ursachen dazu mitwirkten. Sie liegen zum Theil in der Natur der Verhältnisse, und aus diesen wird noch manche Folge hervorgehen, der, so sehr sie uns zuwider seyn mag, wir doch uns werden fügen müssen. Jede Persönlichkeit ist vorübergehend; was von dieser Seite gehofft oder gefürchtet wird, kann also ganz anders kommen. Die Gefahren unserer gegenwärtigen Lage beruhen aber großen Theils auf inneren Gründen, ohne welche die beispiellose Situation, in welcher wir uns befinden, nicht denkbar wäre.

Erlauben Sie mir nur noch ein Wort wegen der Abstimmung am 9. d. M.

Ich habe die Ansicht, daß die Sache ganz falsch aufgefaßt worden ist. Die preußische Regierung hat in der Motivirung ihrer Abstimmung die Antwort auf den Beschluß bereits in gewissem Sinne antizipirt. Sie hat neue Vorschläge gemacht und den Bund zu deren Prüfung aufgefordert mit der eventuellen Erklärung, bei einer gegen sie ausfallenden Entscheidung ihre Beziehungen zum Bunde lösen zu wollen. Immerhin wird es in dieser Hinsicht die Hauptsache seyn, daß alle überhaupt möglichen Schritte wegen des Abrüstens auf freundlichem Wege eingeschlagen werden. Ob es dann zum Frieden kommen wird, weiß ich nicht, allein jedenfalls gehört ein geschlossenes Zusammengehen mit den andern Staaten dazu, und deßhalb bin ich entschieden gegen jede Politik der Isolirung. Man hat von Mediatisirung gesprochen, und da frage ich: warum sollen wir mediatisirt werden? Wenn aber Baden isolirt bleibt, dann kann es allerdings zu einem Entschädigungsobjekte dienen müssen. Also diese Isolirungspolitik würde ich bedauern. Ich glaube, es wäre angemessen, wenn wir ohne Beschlußfassung die Diskussion verlassen würden; die großh. Regierung erfährt, wie die Ansicht des hohen Hauses ist und ob und wie über den Antrag abgestimmt wird, ist für sie gleichgiltig. Allein für die auswärtige Diplomatie ist diese Art der Behandlung der Sache nicht der richtige Weg, und es sollte deßhalb eine Beschlußfassung nicht stattfinden.

Herr Staatsrath Dr. Lamey: Durchlauchtigste, hochgeehrteste Herren! Der Herr Staatsminister der Justiz hat Ihnen bereits erklärt, daß die großh. Regierung unmöglich in der Lage seyn könne, sich heute definitiv auszusprechen und zwar aus zwei Gründen: Einmal, weil, wenn sie auch eine bestimmte Ansicht in der Sache hat, der Gang der Ereignisse jeden Tag solche Erscheinungen bringen kann, daß diese Ansichten wesentlichen Modifikationen unterliegen müssen, und zum Andern, weil es überhaupt unklug und unpolitisch wäre, wenn sie jetzt ihre Meinung ausführte und diese deutlich aussprächen, obschon sie dies begreiflich ebenso gut, wie die Herren Vorredner, zu thun im Stande wäre. Ich muß aber gestehen, daß dieser letztere Grund, die Rücksicht auf die politische Konvenienz auch bei der Diskussion, die hier von Mitgliedern dieses Hauses geführt wird, ein Maß, wie weit man in seinen Aeußerungen zu gehen habe, geben sollte. Ich habe in der That von vornherein nicht gewußt, daß ein Antrag, der eine ganz bestimmte und genau detaillirte Politik der Regierung vorschreibt, gestellt würde. Einen solchen Antrag und die Abstimmung darüber halte ich in verschiedenen Richtungen nicht für wünschenswerth. Erstens, weil wir nicht wissen, ob morgen noch paßt, was wir heute besprechen, und sodann, weil, man mag sagen was man will, doch darin nach Außen und bei Andern eine Fessel für die Regierung gesehen wird. Wenn die Regierung auf der einen Seite sagt, sie könne kein Programm aufstellen, so kann man auf der andern Seite sagen, sie hat sich durch die 1. Kammer ein bestimmtes Programm oktroyiren lassen, sie muß also darnach gehen. Es könnte dies den vielfältigsten Mißdeutungen unterliegen, wenn die großh. Regierung auch die Absicht hätte, ganz nach diesem Programm zu gehen; schon die blose Existenz desselben, die Ueberzeugung, daß dieses da ist, würde Schwierigkeiten hervorbringen, die sonst nicht da wären. Ich halte es nicht für wünschenswerth, weil, wenn Sie einen solchen Beschluß fassen, sehr vielen Deutungen über das Verhältniß und den Werth dieser Beschlüsse zur und für die Regierung Raum gegeben würde. Uebrigens hat der Herr Staatsminister schon erklärt, und ich bin damit vollkommen einverstanden, daß es wünschenswerth ist und man nicht hindern könne, daß die verschiedenen Ansichten hier ausgesprochen werden, allein ich muß auch in dieser Beziehung wünschen, daß dann die Anwesenheit des Ressort-Ministers erwartet werde. Er ist in mancher Beziehung erwähnt worden, und wenn von einem der geehrten Herren Redner ein Bedenken ausgesprochen wird — was auch gegen den zuverlässigsten Mann geschehen kann —, so muß er dagegen auftreten und sich vertheidigen können und deßhalb muß die Anwesenheit des Ressort-Ministers als ein absolutes Erforderniß erachtet werden.

Herr Hofrath Dr. Schmidt: Durchl., hochgeehrteste Herren! Wie die Herren Vorredner, fühle auch ich das Bedürfniß, über die gegenwärtige Frage zu sprechen. Ich halte es für meine Pflicht, nicht um etwas Neues hier zu sagen, sondern um sich nur auszusprechen, wie man denkt; das ist die Aufgabe dieser Versammlung. Ich werde mich dabei so kurz als möglich fassen.

Den Ernst der gegenwärtigen Lage haben alle diejenigen Herren betont, die schon gesprochen haben. Was man für fast unmöglich hielt, tritt uns nun mit erschreckender Wahrscheinlichkeit entgegen: ein großer Krieg zwischen den beiden großen deutschen Staaten, ein Krieg, dessen Folgen zu übersehen fast unmöglich ist und unter dessen Folgen auch die Möglichkeit liegt, daß der Krieg zu Gunsten einer auswärtigen Macht, keiner deutschen, sich entscheide. Bei diesem Ernst der Lage ist die einzig praktische Frage für uns die: Was hat der Staat Baden gegenwärtig für einen Weg einzuhalten?

Um diese Frage zu beantworten, muß man sich einlassen auf die Veranlassung zu diesem Streit. Es sind nach meiner Ansicht zwei Punkte, die hier bestimmt eingewirkt haben: Der erste ostensible Grund des gegenwärtigen Streites liegt in der zukünftigen staatsrechtlichen Ordnung von Schleswig-Holstein, der zweite, tiefere Grund liegt in einer Machtfrage; es handelt sich zunächst um das Prinzipat in Deutschland.

Von diesen zwei Fragen ist die erste verhältnißmäßig sehr einfach. Ich glaube nämlich, daß es weder ein deutsches, noch schleswig-holsteinisches Interesse ist, daß an den bedrohenden Grenzen sich ein souveräner Staat bildet, der die Aufgabe nicht lösen kann, sich selbst zu schützen. Ich glaube, daß diejenige deutsche Großmacht, in deren Machtgebiet dieses Land fällt, eine gehörige Machtstellung besitzen muß, daß aber diese Macht nicht neue Pflichten übernehmen kann, ohne verstärkt zu werden. Ich glaube und hoffe, daß die Schleswig-Holsteiner allmählig zur Erkenntniß kommen, daß dies für sie ein Bedürfniß sey, ich hoffe, die Erkenntniß wird durchdringen, daß sie nicht von dem preußischen Staat getrennt werden können, wie auch jetzt dort regiert werden mag. Ich glaube also, daß Baden es unterstützen soll, daß Preußen in jener Gegend, an der Feindesgrenze, eine entschiedene Machtstellung gebührt, ohne daß ich gewaltthätiger Annexion das Wort reden will.

Das Schwierigste ist die zweite große Frage, die schon seit Dezennien gestellt wird, die Frage nach dem Prinzipat in Deutschland.

Wir brauchen eine einheitliche Organisation unserer politischen Macht, also auch vor Allem jener der Heeresmacht, denn wo diese ist, dann kommt die Politik und die Diplomatie von selbst. Dieser Gegenstand ist zunächst ein großes deutsches Interesse und auch ein europäisches Interesse und mir ist es deßhalb nicht verständlich, warum gerade England, dieser Friedensfreund, einem großen Deutschland sich widersetzen kann, denn ein einiges großes Deutschland ist der europäische Frieden. Der Grund der Unruhe war bisher immer, daß Deutschland nicht so organisirt ist, wie man es wünscht und bedarf. Sobald dies erreicht ist, hat Europa einen den Frieden sichernden Mittelpunkt gefunden und die Macht wird gelähmt, von der alle Kriegsbesorgnisse ausgehen.

Die politische Einheit des deutschen Volkes ist eines der größten Bedürfnisse Europas, aber die Frage, wie dies geschehen soll, bietet die größten Schwierigkeiten. Ein großes Hinderniß hiefür ist die sonderbare Organisation eines politischen Bundes, in welchem gleichzeitig zwei Großmächte stehen, zwei Großmächte mit einander und neben einander. Wenn man ein Groß-Deutschland will und befürwortet, so gibt es keine andere Form, als der Bundestag, d. h. jede Großmacht behält sich für ihre politische Aktion eine vollkommene Freiheit vor, diese haben sich bisher Preußen und Oesterreich genommen und so würde es auch in Zukunft seyn. Groß-Deutschland ist, wie gesagt, der Bundestag, sonst nichts. Der Weg, zur Einheit zu gelangen, im politischen Sinne, kann nur ein zweifacher seyn: Entweder wird die eine Macht der andern politisch untergeordnet oder die eine Macht scheidet aus. Eine dritte Möglichkeit kenne ich nicht. Das Unterordnen der einen Macht unter die andere ist natürlich nichts Anderes, als der Krieg.

Die Möglichkeit, zur Einheit zu gelangen, in der Art, daß wir nicht auf dem Wege zur Einheit zu Grunde gehen, besteht nur darin, daß die eine der Großmächte ausscheidet. Ich für meinen Theil sehe keine andere Möglichkeit. Damit ist aber nicht gesagt, wie Herr Oberst Keller befürchtet, daß die beiden Großmächte künftig nicht zusammengehen könnten. Sie gehen jetzt nicht zusammen und werden in Zukunft nicht zusammen gehen, allein wenn die Interessen sie zusammenführen, dann werden sie wieder zusammengehen. Wenn ich also noch einen Blick auf die relative Stellung der beiden Großmächte zu einander werfe, so kann, wenn Krieg entsteht, das österreichische Ziel nur das seyn, sich Preußen zu unterwerfen.

Das preußische Ziel könnte möglicherweise auch seyn, sich Oesterreich zu unterwerfen, allein das ist nicht wahrscheinlich. Im preußischen Interesse liegt vielmehr, Oesterreich nun zum Ausscheiden aus dem Bunde zu bewegen. Ich glaube, daß diese Politik größere Chancen hat und im Interesse Deutschlands die wünschenswerthere ist. Eine Aenderung der gegenwärtigen Verhältnisse ist aber gewiß unvermeidlich.

Diese muß erfolgen, abgesehen von persönlichen Neigungen oder Abneigungen, von religiösen Sympathieen oder Antipathieen, abgesehen von geschichtlichen Traditionen und abgesehen von der Regierungsform, die der eine oder andere Großstaat dabei aufzuweisen hat, in welcher Beziehung sich Beide nichts vorzuwerfen haben. Allein die gegenwärtige Zeit freilich ist nicht dazu angethan, um in Ruhe und mit kalter politischer Erwägung die Frage zu lösen. Einmal nicht, weil unser deutsches Volk überhaupt politisch viel weniger gebildet ist, als humanistisch und sonst wie. Es ist die politische Bildung in Deutschland noch außerordentlich gering. Ein anderer Grund ist der: es fehlt für ein auf friedlichem Wege sich bildendes Deutschland die Einigkeit der kleinen Staaten, die absolut nothwendig ist, und zwar fehlt es nicht an den Regierungen, sondern an der Bevölkerung. Endlich der dritte Grund ist die gegenwärtige Stimmung, die so beschaffen ist, daß man wenigstens in Süddeutschland nicht mit kaltem Blute die Politik führt, sondern mit Leidenschaft und das ist nicht der richtige Weg.

Welchen Schluß kann man nun aus dieser Lage der Dinge ziehen? Erstens, wir wollen den Frieden, wir wollen ihn, in so fern es irgend möglich ist; der zweite Schluß ist: wir brauchen ihn, denn jene Entscheidung der deutschen Frage soll nicht durch Blut und Eisen allein, sondern auf dem Wege der geistigen und politischen Entwickelung geschehen. Stelle ich diesen Satz obenan, so scheint mir die Politik, die die Mittelstaaten zu treiben haben, schon gegeben. Ihr Ziel muß es vor allen Dingen seyn, Alles zu thun, was zum Frieden beitragen kann. Dazu werden sie beitragen, wenn sie einmal vereinigt handeln, so daß sie als eine starke Macht ebenfalls dastehen und sie werden zum Frieden beitragen, wenn sie durchaus alle diejenigen Schritte vermeiden, die ihrer Natur nach provozirend sind. Jede neue Kriegsrüstung eines einzelnen Staates ist eine große Gefahr, und der Umstand, daß Hannover rüstete, hat wiederum den Konflikt vermehrt. Zu gleicher Zeit, wenn ich für die vorläufige Neutralität spreche, so meine ich, daß wir wohl Vorbereitungen zum Kriege treffen, aber nicht in die Bewaffnung eintreten, denn wir dürfen nicht vergessen, wir sind nicht das erste Kriegstheater, erst das zweite, und es würde eine Vergeudung der Kräfte seyn, wenn wir jetzt schon unsere Millionen aufwenden, ohne zu warten, bis es an uns kommt. Das Schlimmste aber, was die Mittel- und kleineren Staaten thun können, ist die Parteinahme für den einen oder andern Großstaat. Man kann sagen, eine solche Parteinahme würde z. B. entschieden darin liegen, wenn wir die Zustimmung zu dem Kommando des 8. Armeekorps durch einen österreichischen General geben würden, denn dies würde und müßte Preußen als feindlichen Akt betrachten. Jeder Akt voreiliger Parteinahme ist, darin stimme ich mit den Herren Vorrednern vollkommen überein, eine Gefahr für die Existenz Badens. Dazu füge ich noch bei, daß wenn eine solche Parteinahme eintreten soll, die Regierung einen solchen schweren Schritt nicht allein thun kann; das müssen die Regierung und das Volk zusammen thun.

Es handelt sich hier nicht allein um die Regierung, sondern auch um das Volk, und man darf deßhalb nicht einseitig Partei ergreifen, sondern wir müssen Alle mit einander halten. Der Schluß, zu dem ich komme, ist also in erster Linie der Frieden und dieser wird durch eine strenge Neutralität in Vereinigung mit den süddeutschen Staaten anzustreben seyn. Zugleich ist aber auch dafür zu sorgen, daß bei der Ordnung dieser Dinge das Volk auch mitspricht. Also Frieden und das Parlament, trotz der Hand, die es uns angeboten hat. Wir nehmen es an, denn es ist damit etwas gefunden, wonach wir seit Dezennien schon streben; warum sollen wir es jetzt verwerfen?

Dies wäre nicht allein eine Inkonsequenz, sondern auch ein politischer Fehler. Man kann uns das Parlament nicht machen, sondern wir machen es uns selbst. Die Unterscheidung des Herrn Geh. Raths v. Mohl sucht zu zeigen, daß ein großer Unterschied sey, ob wir preußisch werden, oder Preußen deutsch. Ich glaube, in letztem Ende wird der Unterschied sehr gering seyn. Wenn Preußen uns gewinnen sollte, äußerlich, so glaube ich, daß unsere Bildung schließlich Preußen überwinden würde. So ist es immer gewesen. Die größere und allgemeinere Bildung hat immer gesiegt und wenn auch der Andere Sieger zu seyn glaubte. Preußen muß, um uns zu gewinnen und wenn es uns gewonnen hat, sich mit uns amalgamiren. Es kann sein Ziel nicht anders erreichen u. behaupten, als durch Zusammengehen mit dem deutschen Volk. Oesterreich, der Staat der Mittelalters, hat seine Größe in der Vergangenheit u. seine Spitze wird immer diejenige seyn, die in die Vergangenheit blickt und in den vergangenen Formen einen Segen sieht. Wenn aber Preußen den Versuch macht, den Absolutismus und das Prinzip der alten Zeit zu unterstützen, so weiß es nicht, was es thut. Seine einzige Bestrebung muß die seyn, in liberaler Weise mit dem Volk zu gehen, dazu wird und muß Preußen kommen.

Was die Resolutionen selbst betrifft, die der Herr Antragsteller proponirt, so ist uns von der Regierungsbank gesagt worden, es wäre wünschenswerth, wenn wir sie derzeit fallen ließen. Dies hat nach meiner Ansicht dennoch sein großes Bedenken. Wären sie nicht gestellt worden, so wäre dies vielleicht unter den gegebenen Umständen auch ganz gut gewesen. Wenn sie aber gestellt sind, so würde uns, die damit einverstanden sind, wenn auch nicht Wort für Wort, aber im allgemeinen Sinn, wenn wir sie jetzt fallen lassen, diese Entscheidung so gedeutet werden, als hätten wir sie verworfen. Das würde wenigstens ich nicht wünschen.

Herr Artaria: Durchl., hochgeehrteste Herren! Bevor wir in der Diskussion weiter gehen, scheint es mir beinahe geboten, daß wir uns über Das schlüssig machen, was der Herr Präsident des Ministeriums der Innern gesagt hat. Derselbe hat von der Regierungsbank aus gesprochen, also ist es ein Wunsch der großh. Regierung, daß wir die weitere Verhandlung der vorliegenden Frage verschieben möchten, bis der Ressort-Minister im Stande ist, zu erscheinen. Mir scheint es eine gewisse Rücksicht im parlamentarischen Leben, daß wenn ein solcher Wunsch ausgesprochen wird, man auch darauf Rücksicht nimmt. Ich erlaube mir, an das durchlauchtigste Präsidium die Bitte zu richten, auf irgend eine Weise die Frage an das hohe Haus zu bringen, ob dasselbe die Fortführung der Diskussion wünscht. Wird das hohe Haus die Fortführung der Diskussion beantragen, dann werde ich mir erlauben, weiter zu sprechen.

Herr Geh. Rath Dr. Bluntschli: Nur wegen der Form erlaube ich mir auch noch eine Bemerkung. Der Antrag, den ich mir zu stellen erlaubte, ist gestern Morgen erst ausgearbeitet worden und unmittelbar nachher hatte ich die Ehre, ihn dem Herrn Staatsminister mitzutheilen. Es schien mir schicklich, dies zu thun, damit die großh. Regierung dessen Inhalt kenne. Insofern war es also doch offenbar ungerecht, von einer unvorhergesehenen Ueberraschung zu sprechen. Diese liegt nicht vor. Was den Herrn Staatsminister der auswärtigen Angelegenheiten betrifft, so bin ich mit dem größten Vergnügen bereit, bei dessen Anwesenheit die Fassung der Anfrage nochmals und zwar speziell zur Sprache zu bringen, beziehungsweise mir eine Erklärung von demselben zu erbitten. Im Uebrigen scheint es mir von eminenter Wichtigkeit, daß die Besprechung der Alles beherrschenden Frage nicht verschoben werde, und ich kann nicht zugeben, daß persönliche Rücksichten und freundschaftliche Verhältnisse maßgebend seyn dürfen, wenn große politische Fragen beantwortet werden müssen.

Was aber die Meinung in der Hauptsache betrifft, nämlich in der Frage der Neutralität, so scheint mir, wir können in dieser Beziehung jedenfalls unsere Ansicht aussprechen, ob der Herr Ressortminister anwesend ist oder nicht. Ich möchte in keiner Weise eine Schwächung der Meinung zulassen und dazu beitragen, daß die furchtbare Zerfahrenheit der Meinungen im Lande noch mehr wachse und wir nichts thun, um dem Geiste im Volk eine Direktion zu geben. Also an meinem Antrage im Detail, in der Form, liegt mir nichts, allein daran, daß die Mitglieder des hohen Hauses sämmtlich sich aussprechen, damit man weiß, wie sie denken.

Herr Staatsrath Dr. Lamey: Ich weiß nicht, wie die Mitglieder des hohen Hauses sich aussprechen werden. Ich würde als Mitglied desselben sagen, daß ich nicht stimme für den gestellten Antrag des Herrn Abg. Bluntschli, ich würde es aber eben so sehr bedauern, wenn ein entgegengesetzter Beschluß gefaßt würde. Ich kann nur wünschen, daß Sie den Antrag des Herrn Grafen v. Berlichingen auf Tagesordnung in dem Sinne annehmen, daß überhaupt kein Beschluß, weder ein zustimmender, noch ein ablehnender gefaßt werde.

Es ist unklug, in der Stellung eines Staates, wie Baden, dessen Bedeutung in dieser Frage man in Anschlag bringen muß, einen solchen Ausspruch zu thun. Ich habe übrigens den Wunsch, daß der Ressort-Minister, Herr v. Edelsheim, bei der Verhandlung anwesend seyn möchte, deßhalb ausgesprochen, weil aus der Begründung des Herrn Abg. Bluntschli hervorgeht, daß der Antrag eine gewisse Pointe gegen denselben hat. Es scheint mir deßhalb das Bedürfniß vorzuliegen, daß man auch den Mann hört, gegen den der Antrag eine kleine Pointe haben soll. Daran finde ich nichts Auffallendes. Die Zurückziehung des Antrages habe ich nicht verlangt, sondern nur erklärt, daß in diesem hohen Hause einstimmig angenommen werden solle, daß eine Abstimmung nicht nothwendig

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

sey, sondern nur Diejenigen, die sich aussprechen wollen, ihre Ansicht äußern, weil ein Beschluß doch keine Garantie gibt, weder für das Volk, noch für die Regierung. Die Annahme des Antrags hat nur die Folge, daß man einen Beschluß gefaßt hat, den man zu allen möglichen Mißdeutungen benützen und gebrauchen wird.

Herr Geh. Rath Dr. Bluntschli: Ich weiß nicht, ob ich den Herrn Minister recht verstehe. Es ist die Meinung lediglich die, daß die Mitglieder fortfahren, sich zu äußern, daß man aber keine Abstimmung vornimmt. Deßhalb kann aber die Diskussion doch fortgehen.

Herr Staatsrath Dr. Lamey: Die Verhandlung muß so aufgefaßt werden, daß kein Beschluß der ersten Kammer vorliegt.

Herr Ministerialrath Dr. Jolly: Es liegt aber ein bestimmter Antrag vor, über den abgestimmt werden soll.

Herr Staatsminister Dr. Stabel: Ich habe auch in dem Sinne gesprochen, daß man die Ansicht der hohen Kammer hören, daß aber kein Beschluß gefaßt werden soll.

Herr Geh. Rath v. Mohl: Ich möchte doch fragen, ob man nicht wirklich sagen sagen solle, daß die Verhandlung abgebrochen werde, bis der Ressort-Minister anwesend sey, damit man auch erfahre, was an einem andern Orte beschlossen wurde. Es liegt dann erst das Material vor, einen Beschluß von großer Tragweite zu fassen. Es können wenige Stunden von hier Dinge vorgehen, die einen großen Einfluß auf die vorliegende Frage haben und wenn wir dennoch die Diskussion fortsetzen, so liegt die Möglichkeit nicht vor, daß der Mann sich verantwortet, der darin zu thun hat. Er hatte keine Kenntniß davon, als er abreiste und es scheint mir nicht billig zu seyn, über auswärtige Angelegenheiten bei Abwesenheit des Ministers des Auswärtigen, der aus wichtigen Gründen abgereist ist, eine Diskussion zu führen, die nicht absolut nothwendig ist.

Herr Staatsrath Dr. Lamey: Der Herr Staatsminister wußte, daß der vorliegende Fall verhandelt werde, allein Das wußte er nicht, daß heute die Sitzung stattfinden werde.

Herr Staatsminister Dr. Stabel: Wir glaubten, daß die Sitzung nicht stattfinde, allein als sie stattfand, wollten wir sie nicht ignoriren.

Herr Staatsrath Dr. Lamey: Wir wußten nicht, ob nicht die Sitzung vertagt und erst später wieder aufgenommen werde, und ob nicht, wenn dies geschähe, Aufklärungen kommen könnten, die die Sachlage verändern.

Herr Geh. Rath Dr. Bluntschli: Das kann Alles der Fall seyn, und deßhalb die Diskussion doch ruhig fortgehen. Es kann dann die Abstimmung ausgesetzt werden, bis Herr v. Edelsheim wieder anwesend ist, allein ich erlaube mir, zu bemerken, daß sowohl dem Herrn Minister v. Edelsheim, als dem Herrn Staatsminister der Justiz bekannt war, daß der dringende Wunsch geäußert wurde, daß die Sache unter allen Umständen zur Sprache komme.

Herr Staatsrath Dr. Lamey: Die Abreise des Staatsministers v. Edelsheim ist doch wichtiger, als die Sitzung, die wir hier halten, und ich glaube nicht, daß er hätte da bleiben sollen wegen der Sitzung in der 1. Kammer.

Präsident: Ich muß dem Herrn Präsidenten des Ministeriums des Innern bemerken, daß die Sitzungen in der 1. Kammer doch auch ihre Bedeutung haben.

Herr Staatsrath Dr. Lamey: Ich wollte damit keine Geringschätzung der Sitzungen der 1. Kammer aussprechen, allein wir mußten doch, wenn der Herr Staatsminister durch ein wichtiges Telegramm nach Bamberg berufen wurde, darauf bedacht seyn, daß der badische Minister dort anwesend ist. Die heutige Sitzung hätte noch auf kurze Zeit ausgesetzt werden können, während die andere Gelegenheit nicht verschiebbar ist.

Herr Geh. Rath Dr. Bluntschli: Dies hat Niemand gefordert, allein ich glaube, die 1. Kammer kann sich doch heute aussprechen.

Präsident: Herr Artaria hat den Antrag gestellt, das hohe Haus zu fragen, ob die Diskussion fortgesetzt werden solle, und auch Herr Geh. Rath Bluntschli hat sich schon in dieser Angelegenheit ausgesprochen. Ich werde deßhalb den Antrag zur Abstimmung bringen, ob die Verhandlung vertagt werden soll.

Herr Graf von Berlichingen: Ich glaube, wenn man sich über die vorliegende Sache ausgesprochen hat, kann man den Antrag des Herrn Geh. Raths Bluntschli doch zur Abstimmung bringen, denn wenn Herr Staatsminister von Edelsheim wieder anwesend ist, dann würde die Diskussion wieder von vornen anfangen. Der Herr Minister von Edelsheim wird auch kaum mehr sagen können, als von dem Herrn Präsidenten des Staatsministeriums gesagt wurde und er wird auch kaum mittheilen können, was in Bamberg ausgemacht wurde. Es wird überhaupt kaum für möglich zu halten seyn, daß wenn irgend Etwas geschieht, dann immer Interpellationen deßhalb an die Regierung kommen. Ich bin meinem Herrn Nachbar dankbar und das Haus wird es ihm auch seyn, daß die Sache zur Sprache gebracht wurde; allein wenn Jedermann seine Ansicht geäußert hat, dann ist die Sache erledigt. Die Zurückziehung des Antrags des Herrn Geh. Raths Bluntschli würde die Folge haben, daß ich den von mir beabsichtigten auch nicht stelle. Allein wenn dies nicht der Fall wäre, dann würde ich den Antrag auf Tagesordnung mit der Erklärung stellen: Das bad. Volk hat das Vertrauen zu der großh. Regierung, sie werde die Ehre und das Interesse des engeren Vaterlandes auch in diesem ernsten Augenblicke zu wahren wissen.

Wer dieses Vertrauen hat, wird diesem Antrag zustimmen.

Herr Ministerialrath Dr. Jolly: Das ist eine unrichtige Auffassung! Man kann dem Antrage des Herrn Geh. Raths Bluntschli zustimmen, ohne ein Mißtrauensvotum gegen die großh. Regierung auszusprechen und muß deßhalb nicht zur Tagesordnung übergehen. Es haben im Gegentheil alle bisherigen Redner ihr Vertrauen gegen die großh. Regierung ausgesprochen und wünschen nur, daß sie stets auf dem Wege bleibe, den sie zum Wohle des engeren Vaterlandes und in Heilighaltung des Gesammtvaterlandes bisher eingehalten hat.

Herr Graf von Berlichingen: Das Beispiel wegen des Schiffes, das nach New-York kommen wollte und in Meriko landete, hat doch darauf hingedeutet, daß das Vertrauen etwas erschüttert wurde.

Herr Hofrath Dr. Schmidt: Herr Graf von Berlichingen hat erklärt, daß es nicht nöthig sey, abzuwarten, bis Herr Minister von Edelsheim erscheine, weil er wahrscheinlich doch auch nichts Weiteres mittheilen könne, allein ich glaube, so lange können wir jedenfalls warten. Auf der andern Seite hat die großh. Regierung den Wunsch ausgesprochen, daß wir nicht weiter verhandeln möchten in Abwesenheit des auswärtigen Ministers Dies kann uns nur bestimmen, daß wir die Verhandlung vertagen. Das scheint mir die vollkommen richtige Form, daß man die Abstimmung über den gestellten Antrag aussetzt und die Verhandlung an einem andern Tage wieder aufnimmt.

Herr Graf von Berlichingen: Ich glaube, man könnte die Diskussion jetzt fortführen, denn wenn der Antrag auf Vertagung der Verhandlung angenommen wird, dann käme die ganze Diskussion noch einmal vor.

Herr Prälat Holtzmann: Das ist ganz richtig; dann müßte Alles noch einmal vorgebracht werden.

Herr Artaria: Meine Meinung war, nicht die Diskussion fortzusetzen, und allein die Abstimmung erst dann vorzunehmen, wenn der Herr Staatsminister der auswärtigen Angelegenheiten wieder anwesend ist.

Präsident: Nach §. 29 der Geschäftsordnung bringe ich den Antrag des Herrn Artaria auf Vertagung der Verhandlung zur Abstimmung.

Wer mit demselben einverstanden, den bitte ich, sich zu erheben.

Dieser Antrag ist mit Mehrheit angenommen und die Diskussion wird deßhalb auf einen andern Tag ausgesetzt werden.

Karlsruhe. C. Macklot'sche Druckerei.